Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, i der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221. Sonnabend, den 20. September 1913. 20. Jahrg.

Hierzu zwei Beilagen.

„Sozialdemokratischer Krankenkassen-Mißbrauch."

Die gegenwärtig in ganz Deutschland stattfindenden Krankenkassenwahlen geben den Gegnern der Sozialdemokratie wieder einmal Gelegenheit, einen der bekannten Verleumdungsfeldzüge gegen die Partei zu unternehmen. Von drei Seiten wird das Feuer unterhalten, um die Arbeiter bei der Stimmenabgabe irre zu führen. An der Spitze steht die München-Gladbacher Lügenzentrale, welcher vom Reichsverband und der gelben Essener Korrespondenz sekundiert wird. Erstere bedient in der Hauptsache die Zentrumspresse und die christliche Gewerkschaftspresse, letztere namentlich die „nationale" Presse. Fast täglich liest man Artikel mit folgenden oder ähnlichen Behauptungen:

„Aus der sozialdemokratischen Krankenkassenpraxis sind im Laufe der Jahre so viele Übelstände und Mißbräuche an die Öffentlichkeit gelangt, daß man nicht mehr von Einzelerscheinungen reden kann. Die sozialdemokratischen Parteiinteressen wurden in ungezählten Fällen über die Interessen der Versicherten gestellt, zum Nachteil der Kassenmitglieder. Die Zustände waren infolge der sozialdemokratischen Partei- und Günstlingswirtschaft so unhaltbar geworden, daß bei der Reichsversicherungsordnung gesetzliche Vorkehrungen dagegen getroffen werden mußten."

Um diesen allgemeinen Behauptungen den Anschein der Wahrheit zu geben, werden einzelne Städte aufgeführt, wo angeblich sozialdemokratische Kassenvorstände Mißwirtschaft getrieben hätten.

Leider lassen unsere Genossen so manche Verleumdung durchgehen, die dann Jahr für Jahr in immer neuem Aufguß dem gläubigen Publikum wieder vorgesetzt werden. Bei der letzten unter dem alten Gesetz stattgefundenen Krankenkassenwahl in Dortmund erhoben die Zentrumschristen gegen die sozialdemokratische Vorstandsmehrheit schwere Vorwürfe der Mißwirtschaft, die sich dann in dem berüchtigten klerikalen Blatt „Tremonia" zu folgenden Anklagen verdichteten:

„Nachher haben sie (die Genossen) aber gesucht, die Wohltaten dieser (sozialen) Gesetze recht kräftig für sich auszunutzen und überall die Ehrenämter an sich zu ziehen. Was sage ich Ehrenamt? In Dortmund lassen sich die Vorstandsmitglieder der Ortskrankenkasse sogar 50 Mk. jährlich für dieses Ehrenamt auszahlen, trotzdem die Kasse schlecht, sehr schlecht steht, ja in den letzten Jahren unter der sozialdemokratischen Mehrheit im Vorstand rapide zurückgegangen ist, ... nach einer Revision des Magistrats fehlten im Jahre 1909 sogar 88 000 Mk. Also eine Mißwirtschaft schlimmster Art ist eingerissen, wie wir sie überall dort sehen, wo die Sozialdemokratie ihr eigener Geschäftsführer ist. .... Die Dinge bei der Dortmunder Ortskrankenkasse haben sich unter Führung der Genossen allmählich zu einem wahren Skandal ausgebildet, ... es wäre die Quittung für die Mißwirtschaft in der Verwaltung der Ortskrankenkasse und für die Absicht, den armen Kranken ihre bisherigen Benefizien zu schmälern, um nach sozialdemokratischen Rezepten fortwursteln zu können ...."

Das Gewerkschaftskartell wies in einem weit verbreiteten Flugblatt nach, daß im letzten Jahrzehnt, wo die ehemals christliche Mehrheit den freien Gewerkschaftern weichen mußte, die Mitgliederzahl um 27 Proz., die Einnahmen um 41, die Ausgaben gar um 53 Proz. gestiegen seien. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung stiegen um 60, Arznei 45, Krankengeld 57, Spitalpflege 62, und Wöchnerinnenunterstützung um 140 Proz.; dagegen stiegen die Verwaltungsunkosten nur um 2 Proz., obwohl ein alter Rendant inzwischen mit 4000 Mk. pensioniert worden war. So sah also die vielgeschmähte sozialdemokratische Mißwirtschaft aus.

Dem Umstande, daß die christlichen Verleumdungen den Rundgang durch die ganze arbeiterfeindliche Presse machten und weil auch die bürgerlichen Arbeitgeber im Vorstande über die Lügen empört waren, beschloß der Vorstand, gegen die „Tremonia" zu klagen. Der Redakteur Spanke erhielt 100 Mk. Geldstrafe, da auch gar nichts bewiesen wurde, was den Vorstand hätte belasten können. Die von ihm eingelegte Berufung wurde von der Dortmunder Strafkammer verworfen. Aus dem uns jetzt vorliegenden schriftlichen Urteil zitieren wir folgende Sätze, die der Öffentlichkeit beweisen, wie leichtfertig die schwarze Verleumdersippe die schwersten Anschuldigungen in die Welt wirft, um weiter im trüben zu fischen. Die Dortmunder Landrichter urteilten also:

Durch den fraglichen Artikel, insbesondere die hervorgehobenen Stellen (die wir oben abdruckten), wird dem Vorstande der Ortskrankenkasse zu Dortmund, deren Mitglieder die Privatkläger waren, vorgeworfen, daß er mit den Geldern der Kasse Mißwirtschaft treibe, daß er sein Ehrenamt zu eigennützigen Zwecken benutze. Endlich enthält der Passus: „und nach einer Revision des Magistrats fehlten im Jahre 1909 sogar 88 000 Mk. .... Also eine Mißwirtschaft schlimmster Art ist eingerissen, wie wir sie überall dort sehen, wo die Sozialdemokratie ihr eigener Geschäftsführer ist", unter Berücksichtigung seiner ganzen Fassung einen versteckten Vorwurf der Unterschlagung. Es werden also in Beziehung auf die Privatkläger Tatsachen behauptet, die — wenn sie wahr wären — geeignet wären, die Privatkläger verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzusetzen.

Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme haben sich diese Vorwürfe als gänzlich ungerechtfertigt herausgestellt. Die Zeugen Cohen, Baltes und Höhler (bürgerliche Arbeitgeber! Red.) haben übereinstimmend bekundet, daß von einer Mißwirtschaft keine Rede sein könne. Insbesondere sagt der Zeuge Cohen aus, die Mitglieder des Vorstandes hätten sämtlich nach besten Können ihre Pflicht erfüllt. Über den Artikel seien alle höchst empört gewesen. Was den bei einer Revision festgestellten Fehlbetrag von 88 000 Mk. anlange, so habe sich nachträglich bei nochmaliger Prüfung herausgestellt, daß das gefundene Defizit auf einen Irrtum des Revisionsbeamten zurückzuführen sei, was dieser zugegeben hat . ."

Ferner bekundet Zeuge, daß ein Überschuß vorhanden war und die Vorstandsmitglieder, die 50 Mk. mit Genehmigung des Dortmunder Magistrats für Auslagen erhielten. Im Urteil heißt es dann weiter:

„Demgegenüber hat der Angeklagte den Wahrheitsbeweis angetreten, daß tatsächlich bei der Ortskrankenkasse zu Dortmund Mißstände vorhanden seien. Der hierüber vernommene Zeuge Petri (ein auch als Kassenvertreter fungierender christlicher Sekretär. Red.) hat jedoch nach dieser Richtung hin nichts wesentliches zu bekunden vermocht. Er hat sogar zugeben müssen, daß es sich mit dem angeblichen Defizit so verhält, wie der Zeuge Cohen bekundet hat. Es ist aber auch im übrigen nicht das geringste hervorgetreten, was die Vorwürfe, die in dem Artikel gegen den Vorstand der Ortskrankenkasse erhoben worden sind, in irgend einer Beziehung als zutreffend und berechtigt erscheinen lassen könnte.

Der von dem Angeklagten angetretene Wahrheitsbeweis ist daher als völlig mißglückt angesehen worden."

Auch der Schutz des § 193 wurde ihm versagt, die Berufung daher verworfen, ebenso die später eingelegte Revision.

Festgestellt sei im Anschluß hieran, daß der Zeuge Petri der „Tremonia" das Material geliefert hat. Da der Chefredakteur des Blattes vorsichtshalber mitangeklagt war, hat dann der verantwortliche Redakteur in einem Schreiben an das Gericht ausdrücklich die Verantwortung übernommen und auch die Verurteilung in der ersten Instanz ruhig eingesteckt, bis zur zweiten Instanz, wo er dann plötzlich die Verantwortung ablehnte, mit der Motivierung, er habe den inkriminierten Artikel vor Drucklegung nicht gesehen, da er an diesem Tage verreist gewesen sei. Das beschwor auch der Verleger des Blattes, der bekannte Lambert Lensing, Vorsitzender des Augustinusvereins für die katholische Presse Deutschlands, der sich zu aller Erstaunen jetzt als Verfasser bekannte, nachdem die Verjährungsfrist bei ihm eingetreten war.

Das sind die Praktiken einer für „Wahrheit, Freiheit und Recht" kämpfenden Partei. Die muß man sich merken, um für alle Zukunft zu wissen, woran man ist, wenn solche Verleumdergesellschaft Himmel und Hölle in Bewegung setzt zwecks Beschimpfung von Sozialdemokraten und der von ihnen ausgeübten Tätigkeit. — Hoffentlich geben die Arbeiter bei den jetzigen Krankenkassenwahlen dem zentrumschristlichen Lügenpack und ihrem „nationalen" Anhang die richtigen Antwort durch die Wahl freiorganisierter Vertreter.

Politische Rundschau

Deutschland.

Kandidatur für den preußischen Landtag.

Die Elberfelder Nationalliberalen stellten an Stelle des verstorbenen Dr. Hinzmann den Chefredakteur der „Bergisch-Märkischen Zeitung", Walter Backmeister, als Kandidaten für den Kreis Elberfeld-Barmen auf. Stresemann war in Aussicht genommen, lehnte aber eine Kandidatur aus Rücksicht auf sein Amt als Syndikus der sächsischen Industriellen ab. Backmeister steht auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen, er wird am 4. Oktober sicher gewählt werden, da die Konservativen nicht in Betracht kommen und unsere Genossen, die allein zu schwach sind, sich vermutlich an der Wahl nicht beteiligen.

Fehlgeburten.

Infolge des Geburtenrückganges versucht man in Magdeburg seit 1910 auch die Zahl der Fehlgeburten statistisch zu erfassen. Für das Jahr 1912 wurde eine Verbesserung der Statistik dadurch erzielt, daß auf eine Aufforderung des Kreisarztes hin auch ein Teil der Magdeburger Ärzte vierteljährliche Meldungen über die von ihnen behandelten Fehlgeburten — ohne Nennung von Namen — erstattet. Das so erlangte Material ist natürlich keineswegs vollständig; es läßt aber die ungewöhnliche Größe der Zahl der Fehlgeburten ahnen. Im ganzen wurden nämlich 1912 in Magdeburg nicht weniger als 1458 Fälle von Fehlgeburten gezählt. Davon entfielen 1215 auf verheiratete und 232 auf lebendige Frauen. Auf 1000 eheliche Geburten entfielen 224, auf 1000 uneheliche Geburten 238 Fehlgeburten. Die verhältnismäßig höchste Zahl von Fehlgeburten weist bei den verheirateten Frauen das Lebensalter vom 25. bis 30. Jahre mit 32 Prozent auf, bei den unverheirateten das Jahrfünft vom 20. bis 25. Lebensjahr mit 56,5 Prozent. Berücksichtigt man indessen die Geburtenhäufigkeit der verschiedenen Lebensalter und stellt hierzu die Häufigkeit der Fehlgeburten in Vergleich, so ergibt sich mit dem zunehmenden Alter eine starke Steigerung. Auf das Alter bis zu 20 Jahren entfielen auf 1000 standesamtlich gemeldete Geburten nur 57 Fehlgeburten, bei 20–25 Jahren bereits 123, bei 25–30 Jahren 213 und bei den älteren Ehefrauen sogar 341 Fehlgeburten. Auch die Frage wurde gestellt, die wievielte Geburt die beobachtete Fehlgeburt ist. Sie wurde bei 1064 Frauen beantwortet. Danach waren die Fehlgeburten in 71 Fällen Erstgeburten, 191 zweite, 221 dritte, 181 vierte, 151 fünfte, 82 sechste, 54 siebente, 43 achte, 28 neunte, 9 zehnte, 12 elfte, 6 zwölfte, 7 dreizehnte, je drei vierzehnte und fünfzehnte, eine siebzehnte und eine einundzwanzigste Geburt.

Die Frage, ob und wieviele von den Fehlgeburten mehr oder weniger absichtlich herbeigeführt wurden, läßt die Statistik natürlich unbeantwortet.

Die Zentrumspresse zu der Massenstreikdebatte.

In einem Artikel der Erzbergerschen Korrespondenz, der von der gesamten Zentrumspresse des Westens abgedruckt wird, heißt es über die Behandlung des Massenstreiks auf dem Parteitage:

„Daß mit dem Massenstreik nichts Reelles zu erreichen ist, nicht einmal die preußische Wahlreform, das wissen alle vernünftigen Parteiführer ganz genau. Einige von ihnen gestehen die Aussichtslosigkeit eines so opferreichen Kampfes auch ehrlich ein; aber trotzdem muß mit dieser gefährlichen Waffe gespielt werden, denn die Partei läßt in ihrer Zugkraft nach. Den Massen muß etwas geboten werden, und da man außerstande ist, ihnen etwas Vernünftiges zu bieten, so gaukelt man ihnen einen imposanten Massenstreik vor, der dem Größenwahn der urteilslosen Menge schmeichelt. Die ganze Sache ist unsinnig, und das viele Gerede und Getue ist ein voller Unfug, eine frivole Täuschung der Gefolgschaft im Interesse der Führer. Uneinig sind die Herren schließlich nur über die Frage der Zweckmäßigkeit; einig sind sie darin, daß sie den Massenstreik und alle sonstigen Kraftproben und revolutionären Verstöße für erlaubt halten, sobald sie nur Erfolg versprechen. In dieser Zeit der Groß- und Rotblock-Politik ist es immerhin gut, wenn die Umsturztendenz der ganzen sozialdemokratischen Partei recht deutlich hervortritt. Den Arbeitern bietet man nichts als die Aussicht auf Straßenkämpfe."

Es war vorauszusehen, daß in den schwarzen Zentrumsdomänen die Debatten über den Massenstreik von der Zentrumspresse zu ihren Gunsten ausgenützt werden. Wie lange noch? Schließlich wird auch in diesen Kreisen die Aufklärung der Sozialdemokratie siegen.

Der Mesothorium-Skandal.

Es wird immer besser. Aus München wird berichtet, der Magistrat habe beschlossen, 200 000 Mk. für die Beschaffung von Radium und Mesothorium zur Heilung Krebskranker in den städtischen Krankenanstalten zu bewilligen. Nachträglich habe man indessen erfahren, daß die Preise für diese Stoffe von den Händlern künstlich in die Höhe getrieben worden sind. Daher wurde beschlossen, mit dem Ankauf zurückzuhalten, bis die Sache geklärt sei. Die Verwaltungen anderer Städte werden ersucht, gemeinsam mitzuwirken, damit den Wucherern das Handwerk gelegt wird.

Für jeden rechtlich denkenden Menschen ist klar, daß diese Manipulationen ein fluchwürdiges Verbrechen bedeuten. Tausende von Kranken setzen ihre Hoffnung auf das neue Heilmittel, aber eine Bande kapitalistischer Blutsauger hat die Heilstoffe monopolisiert und will Wucherprofite herausschinden. Derartigen Schuften das Handwerk zu

legen, reichen aber die Mittel des Staates nicht. Den kleinen Wucherer, der ein paar Kavallerieoffiziere oder andere Lebemänner preßt, sperrt man ein. Hier, wo großkapitalistische Unternehmer und Händler die Not der unglücklichen Krebskranken ausnützen, weiß man sich keinen Rat, denn — heilig ist das Eigentum! Mögen die Kranken sich in Schmerzen winden, mögen Menschenleben gefährdet sein, die Eigentümer des Heilstoffes, der Rettung bringen kann, verlangen Wucherpreise und die Öffentlichkeit steht dieser Erpressung ratlos gegenüber.

Oh, sie ist entzückend schön, diese kapitalistische „Ordnung", die solche Verbrechen an der Menschheit zeitigt!

Ein offiziöser Dämpfer für die Kriegshetzer.

Die Militärverwaltung hat kürzlich mitgeteilt, daß die schriftstellernden Offiziere unter verhältnismäßig strenger Aufsicht gehalten werden. Offiziere, die für die Tagespresse schreiben wollen, werden beispielsweise nicht zur Disposition gestellt, sondern gleich ihres militärischen Dienstcharakters entkleidet. Vielleicht kommt man demnächst überhaupt dazu, den Militärs das Schreiben gänzlich zu verbieten. Das Auswärtige Amt sieht sich nämlich veranlaßt, dem General der Kavallerie v. Bernhardi, der in der „Post" wieder einmal zum Krieg mit England hetzte, einen außergewöhnlich massiven Dämpfer aufzusetzen. In der „Irish Review" hatte ein Irländer versichert, daß Irland glücklich wäre, wenn es deutsches Reichsland werden könnte, oder wenn es im Falle einer Besiegung der Engländer durch Deutschland sich zu einem selbständigen unter internationaler Garantie stehenden neutralen irischen Staat gestalten ließe. Ein siegreiches Deutschland, das die englische Flotte geschlagen und dann vielleicht Irland vorläufig besetzt habe, werde in seinem eigenen Interesse zu dieser Lösung greifen, die auch den übrigen europäischen Staaten nur genehm sein könnte. Zu diesen politischen Hoffnungen eines Irländers hatte der General v. Bernhardi in der „Post" bemerkt:

„Vieles ist natürlich Illusion; der Wunsch ist auch hier, wie so oft, der Vater des Gedankens; für uns ist es aber nicht ohne Interesse, zu wissen, daß, wenn es über kurz oder lang zum Kriege mit England kommt, wir im feindlichen Lager selbst Verbündete haben, die unter Umständen zum Handeln entschlossen sind und jedenfalls eine schwere Sorge für England bilden und vielleicht einen Teil der englischen Truppen fesseln werden."

Darauf ist nun die folgende offiziöse, sicher aus dem Auswärtigen Amt stammende Antwort in der „Kölnischen Zeitung" erfolgt:

„Der Leser stelle sich einmal den Lärm vor, der sich in Deutschland erheben würde, wenn ein französischer General etwa die Zuschrift eines Lothringers veröffentlichte, der mit der deutschen Herrschaft unzufrieden ist und daraus den Schluß zöge, wie angenehm es sein werde, im Kriege mit Deutschland „im feindlichen Lager selbst Verbündete zu haben". Man wird in England den Leitern der deutschen auswärtigen Politik zutrauen, daß sie so viel Ahnung von den irischen Verhältnissen haben, um den verrückten Artikel eines Irländers in seiner politischen Bedeutung richtig einzuschätzen, das heißt, so niedrig wie nur möglich. Aber was General v. Bernhardi in dem oben zitierten Satz aus eigenem zu den irischen Phantasien bemerkt, das muß doch laut und deutlich als sachlich und politisch falsch und als eine Störung für unsere ruhige politische Arbeit zurückgewiesen werden.... Man kann es gar nicht glauben, daß ein Schriftsteller von politischem Verantwortlichkeitsgefühl in derartiger Weise die schwierigste und ernsteste Frage unsrer auswärtigen Politik behandelt. Gerade weil das ein so krasses Beispiel ist für die Art, wie man auswärtige Politik nicht besprechen soll, ist es hier angeführt, und man kann das ungescheut tun, denn eine so geringe Meinung von unserer Kenntnis der Verhältnisse können die Engländer gar nicht haben, um das auch nur einen Moment für die Meinung ernster deutscher Politiker zu halten. Was schließlich die Ansichten des Herrn Generals betrifft, daß der deutsch-englische Krieg „über kurz oder lang" kommen müsse, so braucht man nicht erst zu betonen, daß Deutschland den Weg, sich über konkrete Streitpunkte mit England zu verständigen, weitergehen wird, und daß es dabei die überwältigende Mehrheit seiner Bevölkerung hinter sich hat, die einen Eroberungskrieg gegen England weit von sich weist."

Es wäre wünschenswert, wenn den Kriegshetzern immer mit so kräftigen Keulenschlägen geantwortet würde.

Die Altersgrenze für die Altersrente.

Wie Berliner Blätter berichten, haben über die Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug der Altersrente Erhebungen stattgefunden, deren Ergebnis dem Reichstag noch in diesem Jahre in einer Denkschrift mitgeteilt werden wird. Zur Vorbereitung für die Entschließungen des Bundesrats wurde eine Kommission aus Regierungsvertretern und Sachverständigen gebildet, auf deren Veranlassung eine Auszählung sämtlicher Versicherungskarten in den Altersklassen vom 60. bis 65. Lebensjahr von den Landesversicherungen vorgenommen wurde. Auf diese Weise wurde ermittelt, wieviel Versicherte in jeder Altersklasse vorhanden sind, die bei einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre Anspruch auf den Bezug der Altersrente hätten. Auf Grund dieser Auszählungen hat man die Belastung durch die Herabsetzung auf insgesamt jährlich 13¾ Millionen Mark errechnet. Daraufhin wurde eine sachverständige Nachprüfung von der zuständigen Stelle ausgeführt. Das Ergebnis dieser Nachprüfung wird in der für den Reichstag bestimmten Denkschrift niedergelegt werden, die die Unterlage für die Entscheidung des Reichstags bilden dürfte, ob die Herabsetzung der Altersgrenze stattfinden soll.

Mittelalterliches aus Saarabien.

Die „Neunkirchener Zeitung" veröffentlicht folgendes: „Grube Reden, 13. September. Zu Anfang dieser Woche wurde den technischen Grubenbeamten der hiesigen Inspektion eine Verfügung der königlichen Bergwerksdirektion bekanntgegeben, welche für unsere heutigen Zeitverhältnisse recht eigenartig anmutet. Nach einer aus den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts datierten Verfügung kann nämlich die vorgesetzte Behörde den Beamten das Aufenthaltsrecht beschränken und unter Kontrolle stellen, dergestalt, daß ein Verlassen des Wohnortes nur durch vorher nachgesuchte Genehmigung respektive Anzeige gestattet ist. Diese Verfügung hat die königliche Bergbehörde — wie es heißt aus Anlaß eines Spezialfalles — den hiesigen Grubenbeamten wieder in Erinnerung gebracht und auf Grund deren verfügt, daß in Zukunft jeder Beamte, sobald er seinen Wohnort, wenn auch nur vorübergehend, zu verlassen beabsichtigt, vorher bei der Inspektion die Genehmigung hierzu nachzusuchen beziehungsweise Anzeige zu erstatten hat. Will er über Nacht außerhalb seines Wohnortes sich aufhalten, so hat er dies unter genauer Angabe vorher der Inspektion mitzuteilen. Es ist begreiflich, daß dieses Zurückgreifen auf eine Verfügung, die bisher nur mehr auf dem Papier stand, und von deren Bestehen nur die wenigsten Beamten auch nur eine Ahnung hatten, eine nicht geringe Unzufriedenheit unter den beteiligten Kreisen hervorgerufen hat, zumal sie, wie bestimmt verlautet, nur den Beamten der hiesigen Inspektion zugegangen ist, die ihre Kenntnisnahme durch Unterschrift bescheinigen mußten. Sie sind der unmaßgeblichen Meinung, daß diese Maßnahme in kausalem Zusammenhang mit dem Verhalten der technischen Grubenbeamten bei der letzten Landtagswahl steht."

Solche mittelalterlichen Zustände wagt man industriellen Beamten zu bieten! Noch dazu ist der betreffende Werksdirektor, wie das „Berl. Tagebl." zu melden weiß, Vorsitzender des nationalliberalen Wahlvereins für den Kreis Ottweiler. Was sagen die Nationalliberalen dazu?

Holland.

Ein Genosse Mitglied der Ersten Kammer. Nach einem Telegramm aus Leeuwarden wählten die Provinzialstände Frieslands den Sozialisten Polak, den Präsidenten der Vereinigung der Diamantschleifer, zum Mitglied der Ersten Kammer.

Schweiz.

Die Kommission der Internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern gelangte gestern zu folgenden Ergebnissen: Für Frauen ohne Unterschied des Alters und für Jugendliche bis zum sechzehnten Jahre soll im Prinzip der Zehnstundentag gelten. Nachtarbeit für Jugendliche unter vierzehn Jahren soll ausnahmslos und für Jugendliche bis zum sechzehnten Jahre im Prinzip verboten sein. Der Entwurf der Vereinigung für Arbeiterschutz sah je eine Altersgrenze von 18 statt 16 Jahren vor. Die Kommission betreffend die Nachtarbeit für Jugendliche verhandelt zurzeit über die Industrie, für die das Inkrafttreten des Nachtarbeitsverbotes hinausgeschoben werden soll.

Balkan.

2500 Bulgaren verhungert? Die bulgarische Regierung hat authentische Nachrichten erhalten, daß 2500 Bulgaren aus der Gegend von Florina von den griechischen Behörden auf kleine unbewohnte Inseln im Aegäischen Meere deportiert worden sind, wo sie entweder Hungers starben oder getötet wurden. Sollte hier nicht stark übertrieben sein?

Die türkisch-bulgarischen Abmachungen. Das auf Grund der türkisch-bulgarischen Verhandlungen abgefaßte Protokoll setzt bezüglich des Indigenats, worüber ein endgültiges Übereinkommen getroffen ist, eine Optionsfrist von vier Jahren für die Muselmanen fest, die in den an Bulgarien abgetretenen Gebieten wohnen. Während dieser Frist werden die Muselmanen berechtigt sein, auszuwandern und ihre Güter zu verkaufen; sie bleiben während dieser Zeit ottomanische Untertanen. Wie versichert wird, haben die bulgarischen Deputierten den Punkt angenommen, der sich auf die Anerkennung der Rechte der muselmanischen Bewohner und Gemeinden bezieht. Auch in der Vakuf-Frage sei im Prinzip ein Einvernehmen erzielt, die Details dieser Fragen würden durch eine Unterkommission geregelt werden.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Vorbericht.) Jena, 19. September.

Der fünfte Verhandlungstag wurde eingeleitet durch ein Referat des Genossen Dr. Südekum, der die Aufgabe übernommen hatte, den Steuerbeschluß der Mehrheit der Reichstagsfraktion den bekannten Angriffen gegenüber zu rechtfertigen. In einer zweistündigen Rede legte der Referent klar, daß die Fraktion gar nicht anders handeln konnte, wenn sie nicht die Interessen der Arbeiterschaft schädigen wollte; die Arbeiterschaft könne mit gutem Grund von der Fraktion verlangen, daß sie sich nicht freiwillig bei der Steuerzumessung beiseite stellt, sondern ihren Einfluß zugunsten der Minderbemittelten ausübt. — Als die Diskussion eröffnet wurde, waren bereits 52 Namen in die Rednerliste eingetragen! In der Debatte sprachen insbesondere die Genossen Geyer, Stadthagen, Emmel, Ledebour und Genossin Luxemburg gegen den Fraktionsbeschluß. Ebenso Genosse Hoch, der die Ansicht vertritt, daß die Fraktion den Besitzsteuern nicht hätte zustimmen dürfen, weil diese die Voraussetzung für die Verabschiedung der Heeresvorlage gewesen seien. Für den Fraktionsbeschluß traten ein die Genossen David, Richard Fischer-Berlin, Frank und Molkenbuhr. Letzterer wies aus Bebels letztem Brief dessen Zustimmung zu dem Fraktionsbeschluß nach. Die Debatte wurde durch Annahme eines Schlußantrages beendet, worauf die Referenten ihre Schlußworte hielten. Bei der Abstimmung wurde die Resolution Wurm mit 336 gegen 140 Stimmen angenommen.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, 20. September.

Eine Versammlung der Bürgerschaft findet am Montag, dem 6. Oktober, abends 6 Uhr statt.

Achtung, Transportarbeiter! Die Ortsverwaltung des Deutschen Transportarbeiterverbandes schreibt uns: Bei der Firma Joseph Löwenthal & Co., Beckergrube 95, hat bis jetzt eine Einigung noch nicht erzielt werden können. Wir warnen deshalb vor Arbeitsannahme bei dieser Firma.

Was nun? Das ist jetzt für viele Hausfrauen, Mütter und Arbeiterinnen die Frage. Für viele Familien, in die Not, Sorge und Entbehrung ihren Einzug gehalten haben, die jetzt bitter zu leiden haben unter der Arbeitslosigkeit. Am schlimmsten sind davon die Frauen, die Mütter betroffen. Sie können mit den ohnehin so kärglichen, jetzt aber ganz unzulänglichen Mitteln nicht auskommen. Aber nicht alle seufzen gleich schwer unter dem Druck der Arbeitslosigkeit; eine sehr große Anzahl Arbeiter ist in der Gewerkschaft organisiert. Diese gibt ihnen während der Arbeitslosigkeit Unterstützung, so daß bei ihnen wenigstens die schlimmste Not gemildert ist. Aber andere haben die Gewerkschaft geflissentlich gemieden. Sie wollten die Beiträge sparen! Wie unklug, wie kurzsichtig von ihnen! Wie manche Mutter, manche Frau macht sich jetzt bittere Selbstvorwürfe, daß sie dem Sohn und dem Mann die Gewerkschaft stets verleidet, sich dagegen gesträubt hat, daß er sich organisiert. Vielleicht sind sie sich klug und sparsam vorgekommen, diese Frauen, daß sie die Groschen im Portemonnaie behielten, während die Nachbarinnen über die hohen Beiträge zu den Gewerkschaften klagten. Aber jetzt, in der Not der Arbeitslosigkeit, sehen sie ihren Fehler ein. Die Frau des organisierten Arbeiters bekommt die Arbeitslosenunterstützung von der Gewerkschaft, sie und ihre Familie ist vor dem Schlimmsten bewahrt. Wie aber ergeht es der Familie des Unorganisierten? Die Spargroschen, wenn überhaupt welche vorhanden, sind schnell aufgebraucht. Dann muß der schwere Gang zum Pfandhaus angetreten werden und vielleicht der noch schwerere zur Armenverwaltung. Und auch diese letzten Mittel schützen nicht gegen Not und Entbehrung und Hunger. Das sind die Folgen, wenn der Arbeiter es unterläßt, der Gewerkschaft beizutreten.

Aehnlich ergeht es der Arbeiterin! Auch sie hat als Unorganisierte bitter unter der Arbeitslosigkeit zu leiden. Solange sie Beschäftigung und Einkommen hatte, machte sie sich wegen der Zukunft keine Sorgen. Die Gewerkschaft war ihr gleichgültig. Nun denkt sie wohl anders darüber.

Die jetzige schwere Zeit sollte für alle eine Warnung sein und die Glücklichen, die noch Arbeit haben, schnell veranlassen, Mitglieder der freien Gewerkschaften zu werden, soweit sie es noch nicht sind.

Wanderschafherden. Das hiesige Medizinalamt erläßt unterm 20. September folgende Verordnung: Das Treiben von Wanderschafherden, d. h. von Schafherden, die zum Zwecke des Aufsuchens von Weideflächen über mehrere Feldmarken getrieben werden, bedarf der Genehmigung des Medizinalamts. Die Genehmigung ist von dem Führer vor Beginn des Treibens unter Angabe der Kopfzahl der Herde und des Triebweges einzuholen. Sie darf nur erteilt werden, wenn die Seuchenfreiheit der Wanderherde durch ein amtstierärztliches Zeugnis bescheinigt ist, das nicht älter als 3 Wochen ist. Die Genehmigung erlischt mit Beendigung des Treibens. Der Führer hat über Triebweg, Beginn und Ende des Treibens sowie über Bestand, über Zu- und Abgang der Herde nach dem vom Medizinalamt bestimmten Muster-Buch zu führen; er hat dieses Buch, (das vom Medizinalamt bezogen werden kann) in das die Genehmigung des Medizinalamts und das amtstierärztliche Zeugnis einzutragen sind, stets bei sich zu führen und auf Verlangen den Polizeibeamten und dem Staatstierarzt zur Einsicht vorzulegen. Herden bis zur Stückzahl von 200 Schafen sind, sofern sie im lübeckischen Staatsgebiete ihren Standort haben und über nicht mehr als drei benachbarte Feldmarken getrieben werden, von den vorstehenden Vorschriften befreit; solche Herden sind jedoch im Frühjahr vor dem Austrieb einer amtstierärztlichen Untersuchung zu unterziehen, welche von dem Eigentümer oder Führer der Herde zu beantragen ist. Übertretungen dieser Verordnungen werden, sofern nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft bestraft.

Schwarze Arbeit und Arbeitersorgen. Am Hafenkai liegen mehrere große Dampfer. Schon das Aeußere zeigt ihre Zweckbestimmmung. Sie tragen in ihrem weiten, tiefen Bauche den unentbehrlichen Stoff, der Kraft, Licht und Wärme schafft. In den tiefen Steinkohlengruben Großbritanniens ist er gebrochen worden, wurde dann in Schiffen verladen und an das Ostseegestade gefrachtet, von wo aus er an die Verbraucher verteilt werden soll. Auf den Dampfern herrscht eine emsige Tätigkeit. Immer von neuem verschwindet der Korb in dem Leib des Schiffes, um gleich darauf gefüllt von der Winsche wieder herausgezogen zu werden. Rasche Hände fassen zu, kippen den Inhalt der Körbe in die Schiebkarre und schon fährt ein anderer dienstbarer Geist die Karre auf schwankem Laufbrett vom Dampfer an Land, wo entweder der Inhalt der Karre auf den sich ständig vergrößernden Kohlenberg oder in bereitstehende Eisenbahnwagen rollt. Immer neue Massen des kostbaren Stoffes werden aus dem Leibe des Schiffes ans Tageslicht gefördert, immer umfangreicher wird der schwarze Berg, der sich am Kai auftürmt.

Schwere Arbeit und schmutzige Arbeit! Der Dampfer muß möglichst schnell leer, damit sobald als möglich wieder Platz für andere am Kai geschaffen wird und der Profit der Unternehmer nicht leidet. Der Schweiß bricht den Arbeitern aus allen Poren. Bei jedem Korb, der in eine Karre geschüttet wird, bei jeder Karrenladung, die den Kohlenberg herabrollt, wirbelt eine Wolke schwarzen Staubes auf, setzt sich auf Haut und Kleidung der fleißigen Arbeitsbienen, vermischt sich mit dem vom Antlitze perlenden Schweißtropfen und gibt dem Gesicht allmählich eine Farbe, daß kleine Kinder in dem Kohlenlöscher nicht mit Unrecht den schwarzen Mann erblicken können. Er ist aber gar nicht so böse, dieser schwarze Geselle, und wäre es schon zufrieden, wenn er Tag für Tag seine schwarze Arbeit verrichten könnte, um Brot für Frau und Kinder zu schaffen. Leider kommt mancher Tag und manche Stunde, wo kein Dampfer am Kai liegt und wo der zur Arbeit Bereite unfreiwillig müßig am Hafen herumstehen muß.

Beim Schein der Lampe sitzen nach vollbrachtem Tagwerk Mann und Frau mit sorgenvoller Miene. Sie rechnen und rechnen, aber es kommt nichts anderes heraus. So mancher schöne Wunsch muß zurückgestellt, so manche schon ins Haushaltbudget eingestellte Ausgabe muß wieder gestrichen werden. Da hatte die Frau sich ein neues Kleid gewünscht, denn das jetzige Sonntagskleid fängt doch allmählich an, etwas schäbig zu werden. Der Mann hätte ein Paar Stiefel so dringend nötig. Der Junge hatte schon lange um einen neuen Schultornister gebettelt und das Mädel muß unbedingt eine neue Schürze haben. Doch Strich darüber.

Erst muß die Feuerung für den Winter bezahlt werden. Ach, auch Kohlen und Koks werden immer teurer! Wer sie jetzt nicht kauft, der muß sie im Winter noch viel teurer bezahlen und wer weiß, ob denn überhaupt Geld dafür da ist, obwohl die Arbeitslosigkeit dann in den Hausstand hineingrinst, und die jetzt etwa begangene Unterlassung mit kalter Wohnung bezahlt werden muß. Ein Seufzer entfährt gleichzeitig den Lippen von Mann und Frau. Aber was hilfts, das Geld für die Winterfeuerung muß nun einmal zuerst zurückgelegt werden.

In seinem eleganten Bureau aber sitzt der Bergwerksaktionär und reibt sich vergnügt die Hände. Ihm müssen alle Dinge zum besten dienen, auch die Not und Sorge der kleinen Leute. Die Kohlenaktien steigen.

Patriotischer Klingelbeutel in den Schulen. Wir leben bekanntlich in diesem Jahre im Zeichen des Hurrapatriotismus. An allen Ecken und Enden wird versucht, die Erinnerung an die glorreiche Zeit vor hundert Jahren wachzurufen. Wer dafür besonders veranlagt ist, der muß eben seinem Drange nachgeben und mitschreien. Das ist sein Privatvergnügen. Ganz und gar aber ist zu verurteilen, wenn die Stimmung auf Umwegen künstlich in das Volk getragen werden soll, und wenn auf gänzlich unangebrachte Art diejenigen Kreise zur Beisteuer herangezogen werden, die sich ganz entschieden gegen diese künstliche Aufmachung wenden. Das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig soll nächstens enthüllt werden. Die Begeistertsten unter den Begeisterten zeigen auch hier wie überall, daß es besser ist, wenn die Unkosten auf die breiten Massen verteilt werden. Im Laufe der nächsten Woche sollen in der Stadthalle Kinovorstellungen für die hiesigen Schulkinder stattfinden, wozu die Volksschüler aufgefordert wurden, 10 Pfg., die Mittelschüler 15 Pfg. mitzubringen. Der Ueberschuß soll, wie extra angekündigt wurde, zugunsten des Völkerschlachtdenkmals verwendet werden. Welche dunklen Mächte diesen feinen Plan ersonnen haben, um den Arbeitereltern die Groschen aus der Tasche zu locken, ist vorläufig noch unbekannt. Jedenfalls ist die Schule am allerwenigsten dazu da, um auf diese Weise Beisteuern für den patriotischen Rummel einzutreiben.

b. **Kaufmannsgericht** am 19. September. Die Disziplin der Handlungsgehilfen. 154 Mk. klagte der Handlungsgehilfe K. bei der Firma Schw. u. H. ein, da er sich zu Anfang des Monats sofort unberechtigt entlassen glaubte. Er war mit 180 Mk. Monatsgehalt angestellt und soll sich nach der Kündigung nicht pflichtgemäß benommen haben. Als ihn der Geschäftsinhaber deshalb zur Rede stellte und in sein Kontor rief, um ihm die Pflichtverletzungen vorzuhalten, überließ es der Kläger dem Prinzipal, die Rede an seine vier Wände zu halten; er verließ einfach das Kontor. Der Beklagte sah hierin eine Achtungsverletzung, zahlte die sechs Tage aus und entließ den Gehilfen. Das Kaufmannsgericht wies die Klage mit 6 Mk. Kosten ab. Es war einstimmig der Ansicht, daß in diesem Falle die Entlassung gerechtfertigt gewesen sei. Dem Kläger seien aus geschäftlichen Gründen Vorhaltungen gemacht worden, damit er sein Verhalten ändern solle. Ob sie berechtigt waren, darauf komme es nicht an, der Gehilfe mußte sie auf alle Fälle anhören. Sein Verhalten sei eine Mißachtung des Beklagten, eine Disziplinlosigkeit, die sich ein Kaufmann nicht zu gefallen lassen brauche. Ein Handlungsgehilfe müsse das wissen. — Ferien auf eigene Kosten. In einem größeren Geschäftshause wurde einem Teil der Ladnerinnen ans Herz gelegt, freiwillig vier Wochen auszusetzen. Wer sich dem zarten Wink nicht fügte, wurde auf Grund einer früher geschlossenen Vereinbarung dazu gezwungen. Ein Fräulein F. hatte seinerzeit das Schriftstück ebenfalls unterschrieben, später gekündigt und die „Ferien" auch angetreten. Nach Wiedereintritt soll sie auffallend gesprächig gewesen sein, so daß ihr bedeutet wurde, sie möge aus dem Geschäftshaus so schnell als möglich verschwinden und sich nicht mehr sehen lassen. Die Klägerin bestreitet, Ursache zu dieser Maßregel gegeben zu haben. Sie erblickt in diesem Vorgehen wie in dem zwangsweisen Aussetzen nur eine Schikane, weil sie gekündigt habe. Würde sie das nicht getan haben, hätte sie auch nicht feiern müssen. Durch eine Reihe Zeuginnen wurde festgestellt, daß Damen aussetzen mußten, die schon längere Jahre tätig waren. Ihr Benehmen hätte zur Entlassung Anlaß gegeben. Mit der Forderung von 80 Mk. wird die Klägerin kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht führt den § 226 des B. G. B. an, nach dem die Ausübung eines Rechts (in diesem Falle die aufgedrungene Dispensierung) unzulässig ist, wenn sie nur den Zweck haben kann, dem andern Schaden zuzufügen. Aus dem Vorgehen des Geschäftshauses sei dieses nicht abzuleiten. Vom Recht der Dispensierung habe die Firma bei der Angeklagten Gebrauch gemacht, weil ihr andere Angestellte näher standen. Das sei ihr nicht zu verdenken, denn jeder sei sich selbst der Nächste. Freiwillig zahlt die Firma 10 Mk. für die Tage bis zum Ersten.

b. **Erste Strafkammer** am 20. Sept. Eine Urkundenfälschung beging die Ehefrau D. in Krumbeck. Sie hatte bei ihrem Krämer in Obernwohlde keinen Kredit mehr, mußte aber zum Leben notwendig Nahrungsmittel gebrauchen. Um diese zu erhalten, fertigte sie einen Bestellschein auf den Namen einer bekannten Frau aus und schickte einen Knaben damit zu dem Krämerladen. Die Fälschung wurde durch Ausfragen des Knaben entdeckt, und die Waren nicht ausgehändigt. Das Vergehen wird unter Annahme mildernder Umstände mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. — Grauköpfige Sittenverbrecher. Drei Männer im Alter von 57 bis 73 Jahren hatten sich heute wegen Sittenverbrechens an einem schulpflichtigen Mädchen zu verantworten. Der Straßenbahnweichensteller B., der Arbeiter Schm. und der Eisenbahnarbeiter Schw. wurden unter Annahme mildernder Umstände — das verdorbene Kind kam ihnen entgegen — zu der Mindeststrafe von je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Gleichfalls wegen Sittlichkeitsverbrechens in mehreren Fällen angeklagt war der 45jährige Händler Th. Von der Anklage des Verbrechens gegen die eigene Tochter erfolgte Freispruch; wegen Vergehens an einem 11jährigen Mädchen wurde Th. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Handelsregister. Am 19. September 1913 ist eingetragen 1. bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma Villeroy u. Boch, Mettlach, Zweigniederlassung Dänischburg: Der Oberst und Regimentskommandeur Fritz Freiherr von Zedlitz und Leipe in Berlin, der Regierungsrat Paul Freiherr von Zedlitz und Leipe in Düsseldorf und der Gutsbesitzer Benjamin Freiherr von Zedlitz und Leipe in Meinerdingen sind in die Gesellschaft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten. Sie sind von der Vertretungsbefugnis ausgeschlossen; 2. bei der Firma C. F. W. Meyer, Lübeck: Die Firma ist erloschen.

pb. **Erfolgreiche Ermittelungen.** Im Juni ds. Js. wurde hier ein Mann wegen Diebstahls festgenommen, der sich Arbeiter Zander aus Wilhelmsburg nannte, und dessen Angaben über seine Persönlichkeit von vornherein berechtigte Zweifel erregten. Er blieb aber dabei, Zander zu heißen und wurde auch unter diesem Namen am 20. August mit 1 Jahr und 10 Tagen Zuchthaus bestraft. Heute konnte nun festgestellt werden, daß er ein im Jahre 1910 aus dem Untersuchungsgefängnis in Neustadt i. H. entsprungener Arbeiter Zietz ist, der seitens der Königl. Staatsanwaltschaft in Kiel wegen schweren Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird, des weiteren konnte festgestellt werden, daß ein hier wegen Diebstahls in Haft genommener angeblicher Arbeiter Johann Richter richtig Johann Werner Wilschewski heißt. Er bediente sich des falschen Namens, um sich der Militärpflicht zu entziehen. Er war einer Fürsorgeanstalt entwichen.

pb. **Mietsgeldschwindlerin.** Eine hier in letzter Zeit wiederholt aufgetretene Gottesgeldschwindlerin wurde in der Person eines hiesigen jugendlichen Dienstmädchens ermittelt.

pb. **Fahrraddiebstahl.** Vom Flur eines an der Fischergrube belegenen Hauses wurde gestern nachmittag ein Fahrrad mit schwarzem Gestell, ebensolchen Felgen und Schutzblechen, einem Gestell zur Paketaufnahme, einer Drahtbremse und der vom Polizeiamt gelieferten Erkennungsnummer 1180 gestohlen.

pb. **Verhafteter Fahrraddieb.** Ermittelt und festgenommen wurde ein zugereister Arbeiter aus Fraustadt, der am Abend des 18. ds. Mts. aus einem Hause der Hansastraße ein Fahrrad gestohlen hat. In seinem Besitze wurden eine Anzahl Taschenlampen und Fahrradlaternen vorgefunden, die aus einem in der Nacht vom 17. zum 18. ds. Mts. in Schwartau ausgeführten Diebstahl herrühren. Der Festgenommene will das Fahrrad und die übrigen bei ihm vorgefundenen Gegenstände von einem Unbekannten gekauft haben.

h. **„Cines" Hansa-Theater.** Ein geradezu glänzendes neues Programm ist ab gestern von der rührigen Direktion zusammengestellt. Nur erstklassige Varietékräfte, wie man sie selbst an großen Bühnen nicht besser finden wird, sind es, die ihre Kunst dem Publikum darbringen. Da sind zunächst zu nennen die „Avalos" in ihren hervorragenden turnerischen Leistungen an senkrechten Stangen. Man muß die Sicherheit und Eleganz bewundern, mit welcher die halsbrecherischen Uebungen ausgeführt werden. Paulton und Doloy sind komische Radfahrer, die ständig die Lachmuskeln der Zuschauer in Bewegung zu erhalten verstehen. Besonders der eine von ihnen wußte durch seine groteske Erscheinung und unter Benutzung aller möglichen Arten Räder das Publikum für sich zu gewinnen. So fuhr er das eine Mal auf einem regelrechten Schleifstein, ein andermal auf einem Rade, daß anstelle eines Reifens mit alten Schuhen belegt war, wieder einmal mit einem solchen mit exzentrischer Nabe usw. Alle Arten von Rädern aufzuführen würde zu weit führen, sicher aber waren es mehr als dreißig. Das muß man sich eben selbst ansehen. Ein Marionetten-Theater von hier noch nicht gesehener Vollkommenheit führen Holdens Original-Mannequins vor. Der unter anderem aufgeführte Tanz der Salome war geradezu staunenerregend. Sisters Halasz boten in anmutiger und graziöser Weise auf dem Gebiete der Tanzkunst hervorragendes. Den Schluß des Abends bilden Olloms und Page mit ihrem Melange-Akt. Diese sind schon von dem vorigen Spielplan her bekannt und hat sich die Direktion auf vielfachen Wunsch veranlaßt gesehen den Vertrag noch bis zum Donnerstag zu verlängern. Die mannigfachen Darbietungen auf allen möglichen Gebieten, die noch gegen den früheren Spielplan eine Erweiterung und Veränderung erfahren hatten, lösten auch gestern wieder lebhaften Beifall aus, der auch den anderen Künstlern mit Recht nicht vorenthalten wurde. Die Pausen zwischen den einzelnen Nummern, werden wie bisher durch ausgezeichnete Films ausgefüllt. Der Besuch des jetzigen Spielplans kann durchaus empfohlen werden; sicher wird keiner das Theater unbefriedigt verlassen.

Neues Stadttheater. Die technischen Einrichtungen des Betriebsinspektors Ludwig ermöglichen im „Faust" eine äußerst schnelle Szenen-Verwandlung, so daß sich die achtzehn Bühnenbilder, trotzdem beim Aufbau derselben, z. B. Der Prolog im Himmel, Studierzimmer, Hexenküche usw., die größten Schwierigkeiten zu überwinden sind, in raschester Folge abspielen. Die Vorstellung wird noch vor 11½ Uhr beendet, so daß die Abendzüge noch zu erreichen sind, was ja für alle auswärtigen Besucher von größtem Wert ist. Die Eröffnung der zweiten Kasse im Stadttheater erweist sich als äußerst praktisch, wie schon mehrere Zuschriften aus dem Publikum beweisen. Der Verkauf wickelt sich jetzt schnell und glatt ab. Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Spielzeit Vorbestellungen für den dritten Rang auch für die Sonntage zulässig sind. — Auf die diesen Sonntag stattfindende Operette „Hoheit tanzt Walzer" sei nochmals hingewiesen und zugleich wegen der verschiedenen Anfragen darauf aufmerksam gemacht, daß die reizende Kinder-Gavotte im letzten Akt von der Krinoline und dem Vatermörder in allen Musikalien-Handlungen zu haben ist.

Stockelsdorf. Volksfürsorge. Nähere Auskunft über dieselbe erteilt der Genosse Carl Bröcker, Ahrensbökerstraße 29. Derselbe vollzieht auch Aufnahmen in die Volksfürsorge.

Mölln. Zuzug von Speicherarbeitern nach Mölln ist dringend fernzuhalten, da die hiesigen Speicherarbeiter in den Ausstand getreten sind!

Hamburg. Zur Werftarbeiterbewegung. Der Ausstand der Werftarbeiter ist immer noch nicht erledigt. Die Arbeiter haben allerdings den Streik längst aufgehoben, am 4. September haben die Bremer Holzarbeiter als letzte Gruppe beschlossen, die Arbeit zu denselben Bedingungen aufnehmen zu wollen wie die andern Arbeiter. Damit hatten dann sämtliche Arbeiter das getan, was von ihnen verlangt wurde, um das alte Verhältnis wieder herzustellen. Der Arbeitgeberverband hat dann vom 6. September ab die Sperre aufgehoben, d. h. von diesem Tage an wurde mit der Einstellung der Arbeiter begonnen. Wir befinden uns nun schon in der dritten Woche nach der Aufhebung des letzten Restes vom Streik und es stehen immer noch eine erhebliche Anzahl Arbeiter auf der Straße, die noch nicht wieder eingestellt worden sind. Die Werften nehmen die Einstellung recht langsam vor. In den ersten Tagen wurden überhaupt nur wenig Leute eingestellt, zirka drei Prozent, in einzelnen Orten etwas mehr. In den folgenden Tagen wurde dann die Einstellung in größerer Zahl vorgenommen, ist aber in den letzten Tagen wieder eingeschränkt worden. Am 18. September waren in Hamburg noch zirka 1100 nicht wieder eingestellt, in Kiel zirka 500, in Bremen 400, in Bremerhaven 300, in Flensburg 250 und in Vegesack noch zirka 200. Es ist also in allen Werftorten noch eine recht erhebliche Anzahl Ausständiger vorhanden, die noch auf die Einstellung warten. Bisher wurden bei der Einstellung in den Arbeitsnachweisen die Ausständigen berücksichtigt, damit hat man nun in den letzten Tagen gebrochen, man stellt jetzt ein, was nach dem Nachweis kommt. Von einzelnen Orten ist sogar zu konstatieren, daß die Fremden, die Zugereisten, bevorzugt werden und die früheren Leute läßt man draußen. Einzelne Werften, so die in Kiel, haben erklärt, daß sie vorläufig weiter keine Leute gebrauchen, es sei zurzeit nicht genügend Arbeit vorhanden. Auch in anderen Orten wird wahrscheinlich noch für einige Zeit ein Teil Leute draußen bleiben. Trotz dieser Sachlage wird uns mitgeteilt, daß die Werften versuchen, Arbeiter aus dem Binnenlande nach den Werftorten heranzuziehen. Was die Werften damit bezwecken, ist ohne weiteres klar, man will sich hier eine Reservearmee schaffen, um dann auf die Arbeiter zu drücken. Den Werften stehen aber in den betreffenden Orten jetzt schon viel mehr Leute zur Verfügung als sie gebrauchen können, denn der Zuzug nach den Werftorten ist jetzt ganz außerordentlich stark. Verschiedene Werften haben sich auch auf die besondere Pflege der Gelben verlegt, es werden große Anstrengungen gemacht, die Werftarbeiter in die bekannten Werksvereine hineinzuziehen. Auch die langsame Einstellung hat wohl dazu dienen sollen, denn zu dieser Zeit, wo die Zahl der Arbeiter in den Betrieben noch verhältnismäßig gering war, ist die Agitation für die Gelben recht eifrig betrieben worden. Aus der ganzen Sachlage ist zu ersehen, daß die Unternehmer nur darauf bedacht sind, die Werftarbeiter in ihrer Organisation zu treffen, sie davon abzubringen oder sie mindestens zu lähmen. Die Arbeiter werden aber diese Absichten erkennen und werden dafür sorgen, daß die Hoffnungen der Unternehmer nicht in Erfüllung gehen.

Hamburg. Der Riesenbetrug im Heuerbureau. In der großen Betrugsaffäre bei der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft ist — wie Berliner Blätter mitteilen — durch umfangreiche Zeugenvernehmungen festgestellt worden, daß die beiden Hauptbeschuldigten, der Oberinspektor Sibbers und der Vorsteher des Heuerbureaus, Stehr, die Gesellschaft um etwa 800000 Mark geschädigt haben. Es ist weiter festgestellt worden, daß die Beschuldigten eine Anzahl Offiziere der Dampfer veranlaßt haben, falsche Auskünfte über die Zahl der Angeheuerten usw. zu erteilen und falsche Unterschriften einzureichen. Den sich hieraus ergebenden Gewinn haben die beiden teils für sich verwendet, teils ihren Helfershelfern überlassen. Die unterschlagene Summe ist der Gesellschaft von den Aufsichtsräten schon vor einiger Zeit, als die Unterschlagungen bekannt wurden, zur Verfügung gestellt worden, so daß die Aktionäre kein Schaden trifft. Wie der „Deutsche Telegraph" wissen will, sollen annähernd 80 Erste Offiziere, Kapitäne und Maschinisten der Gesellschaft in die Angelegenheit verwickelt sein.

Theater und Musik.

Neues Stadttheater. Kammermusik, Schwank in 3 Akten von Heinrich Ilgenstein. Die „Kammermusik" Ilgensteins, die das Stadttheater als erste Neuheit dem Publikum vorspielte, unterhielt dieses einige Stunden in angenehmer Weise. Ilgenstein wandelt in seinem Schwank keinerlei neue Bahnen; er bewegt sich aber in dem von den meisten erfolgreichen Bühnenautoren der heiteren Fakultät ausgetreten Gleis mit bemerkenswerter Sicherheit und weiß auch seinem Fabrikat durch beißende Ironie und treffenden Witz die notwendige Würze zu geben. Dem recht geschickt gemachten, amüsanten Stück, das erfreulicherweise nicht, wie das die Regel zu sein pflegt, in Ueberschätzung des Wertes als Lustspiel bezeichnet wird, liegt folgende Idee zugrunde:

Der engagementslose Tenor Rudolf Niemeyer singt auf einer Wohltätigkeitsmatinee und erregt dabei das Wohlgefallen der nicht mehr ganz jungen Herzogin-Witwe Ernestine, die eine Schwärmerin für ganz intime Kammermusik in ihrem Kavalierhause ist. Mitwirkende bei dieser Kammermusik sind nur sie und der jeweils von ihr begünstigte Sänger. Die musik- und anderes liebende Herzogin sendet nun ihren Intendanten Prillwitz, der nach eigener Bekundung die für sein Amt erforderliche militärische Vorbildung besitzt, zu Niemeyer, um ihn an ihr Hoftheater zu engagieren. Letzterer ist natürlich hocherfreut über den Antrag, jedoch hat die Sache auch einen bedenklichen Haken. Die „tugendhafte" Frau Herzogin, die hohe Protektorin des „Bundes der Legitimen", findet es nämlich sehr unmoralisch, daß verheiratete Künstler auf der Bühne Kolleginnen küssen und duldet deshalb nur ledige Sänger an ihrem Theater. Niemeyer, der glücklich verheiratet und Vater eines Kindes ist, kommt dadurch in nicht geringe Verlegenheit. Aber die Selbstverständlichkeit, mit welcher der Intendant seine Frau für seine Geliebte hält und die Leichtigkeit, mit der seine Gattin auf diese Verwechslung eingeht, retten die Situation. Während Frau Niemeyer vom Intendant für die Geliebte des Tenors gehalten wird, stellt er sie der Herzogin als dessen Schwester vor. Die Herzogin ernennt nun, zum Entsetzen von Prillwitz, die Frau Niemeyer, um sie von ihrem vermeintlichen Bruder zu entfernen, zu ihrer ersten Ehrendame und damit zum Vorstandsmitglied „des Bundes der Legitimen". Niemeyer selbst wird Kammersänger. Soweit geht alles gut. Da platzt plötzlich das kleine Söhnchen der Familie Niemeyer in die Hofgesellschaft hinein, und mit ihm kommt bald die Wahrheit an den Tag. Durch eine List gelingt es der klugen Frau Niemeyer, ihrem Mann einen fünfjährigen Engagementsvertrag zu erwirken, während die Frau Herzogin sich mit dem Bassisten trösten und im Kavalierhaus mit ihm „Kammermusik" treiben wird.

Man ersieht aus dieser knappen Inhaltsangabe, daß Ilgenstein in seinem Schwank die Moralheuchelei gewisser Kreise gar nicht übel verspottet. Der „Bund der Legitimen" besteht und hat gewiß viele Filialen, wenn auch unter anderen Namen. Herr Brunow hatte die „Kammermusik" sorgfältig einstudiert und sehr geschmackvoll ausgestattet. Auch als Darsteller des Intendanten, den er mit feinbeobachteten, wirkungsvollen Zügen ausstattete, bewährte sich Herr Brunow bestens. Den Tenor Niemeyer gab Herr Wolfgrath im Schweiße seines Angesichts ziemlich ausdruckslos und ohne Humor. Vielleicht beeinträchtigte übergroße Aengstlichkeit seine Leistung. Sehr beweglich und lebendig gestaltete Frl. Sindlinger die Frau Niemeyer. Nur schien ihre Fröhlichkeit nicht immer ganz echt und natürlich zu sein. Als Herzogin traf Frau Laudien den richtigen Ton. Die übrigen Rollen waren durchweg gut besetzt. Lebhafter Beifall zeugte davon, daß das Publikum diese „Kammermusik" gern hörte.

P. L.

Spielplan des Neuen Stadttheaters, Lübeck.

Vom 21. bis 27. September 1913.

Sonntag, 21. September: „Hoheit tanzt Walzer". Operette von Leo Ascher. — Montag, 22. September: „Kammermusik." Lustspiel von Ilgenstein. — Dienstag, 23. September: „Fidelio." Oper von Beethoven. — Mittwoch, 24. September: „Ein Walzertraum." Operette von Oskar Strauß. — Donnerstag, 25. Septbr.: „Faust" von Goethe. — Freitag, 26. September: „Hoheit tanzt Walzer." Operette von Leo Ascher. — Sonnabend, 27. September: Volkstümliche und Schüler-Vorstellung. „Kabale und Liebe" von Fr. v. Schiller. — In Vorbereitung: „Kuhreigen." Oper von Kienzl. „Hugenotten." Oper von G. Meyerbeer. „Hamlet" von Shakespeare. „Rosmersholm" von Ibsen. „Der lebende Leichnam" von Tolstoi.

Handels- und Marktnachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 19. Septbr.

Auftrieb 4600 Schweine. Markt mäßig rege.

Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 72,— bis 73,— (57,50 bis 58,50). mittelschwere Ware. von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 72,— bis 73,— (57,50 bis 58,50), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., —,— bis 74,00 (57,50 bis —,—), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 73,50 bis 74,— (57,— bis 57,50), geringere Ware. Tara 24 Proz., 68,— bis 73,— (51,50 bis 55,50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 67,— bis 68,— (53,50 bis 54,50), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 62,— bis 66,— (48,50 bis 51,50) Mk.

Hamburger Butterpreise.

Hamburg, den 19. September.

1. Qualität	137—140 Mk.
2. Qualität	120—125 „
Fehlerhafte und ältere	100—110 „
Russisch-Sibirische 1. Qualität, verzollt	112—116 „
Russisch-Sibirische 2. Qualität, verzollt	105—111 „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Kieler Bücklinge und Sprotten,
Wismarsche Aale. (7051
O. Wiesner, Kottwitzstr. 27a.

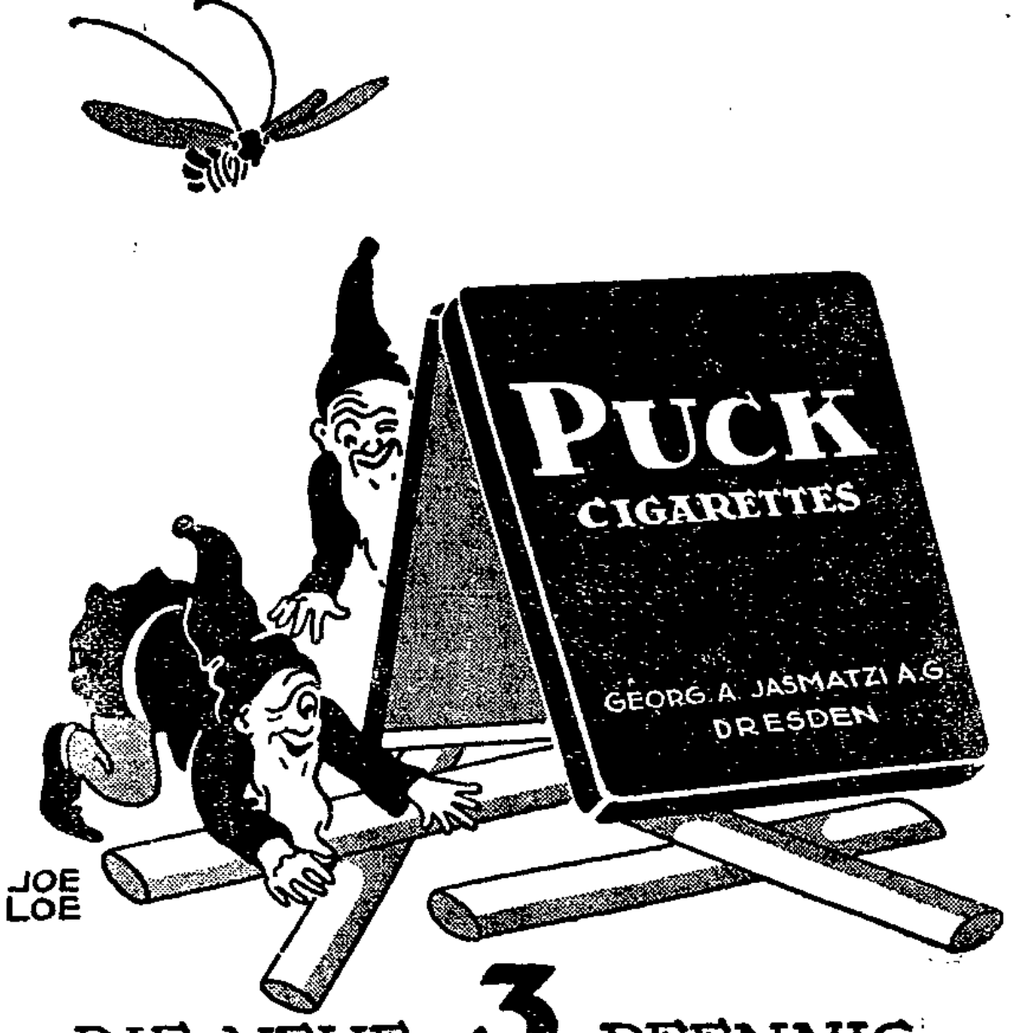
Erstklassige Kautabake
v. Grimm & Triepel, Nordhausen
sind überall zu haben. 291

Carl Folkers
Möbelmagazin
25 Marlesgrube 25.
Vollst. Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
1) Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
: Teilzahlung gestattet :
Bei Barzahlung Rabatt.
Gebe rote Lubeca-Rabattmarken.

Meinen werten Kunden zur Kenntnis, daß die Herren **Janitz** sowie **Fürstenau** nicht mehr in meinem Geschäft tätig sind.
Für 7017
Hausstandslumpen
zahle nach wie vor **6 Pfg. p. kg.** sowie für **Eisen** und **Metalle** die höchsten Tagespreise.
Telephon 2480. Postkarte genügt.
K. Kleinfeld
Waisenhofstraße 25.

Rasieren .... 10 Pfg.
Haarschneiden 30 Pfg.
7018) bei guter
und sauberer Bedienung.
Marktmiete 2.
Wahmstraße 92.
A. Sebastian.

Heute abend
frische Berliner.
Heinr. Martens,
Genin. (7043



DIE NEUE **3** PFENNIG
QUALITÄTS CIGARETTE
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach 7002

Bettfedern
Daunen,
federdichte, echtfarbene
Inletts; fertige Betten.
Die richtige Bezugsquelle für diese Vertrauensartikel ist das Geschäft von (6923
Herm. Kampff
früher **Gebr. Barg**
Lübeck Kohlmarkt 5. **Lauenburg a. E.** Elbstraße 91/93.
Das Geschäft besteht in Lauenburg über 50 Jahre.

---

12 Tip-Top-Bilder 2 Mk.
(Tadellos retouchiert),
6804 alle anderen
Photographien,
wie **Brust-, Knie-, Gruppen-, Familien-, Kinderbilder** und
Vergrößerungen
in künstlerischer, haltbarer Qualität.
Atelier Lubeca,
Breite Straße 13.

Gelegenheitskauf moderne Garnitur durch Zufall nur 90 Mk. Prachtvolle Salongarnitur, statt 230 Mk. nur **165 Mark,** Sofas, Vertikos, Spiegel, Büfetts, Tische, Schreibtische, Trumeaus, Lederstühle, Schlafzimmer, Küchen **enorm billig.**
5791) **Lager Wahmstr. 83.**

Zähne 1,80 M.

Keine Extraberechnung der Platte.

Ich leiste jede Garantie für guten Sitz und Brauchbarkeit. Damit ein jeder die absolute Garantie hat, daß keine höheren Preise als 1.80 Mk. mit Kautschukplatte pro Zahn berechnet werden, habe ich mich entschlossen,

300 Mk. Belohnung

zu zahlen, dem, der mir nachweist, daß ich höhere Preise berechne.

Großer Umsatz! Kleiner Nutzen!
Zahnziehen mit örtlicher Betäubung **1 Mk.**
speziell für nervöse und ängstliche Personen.

Dankschreiben.

Habe mir von Herrn Haus 7 Zähne ziehen lassen. Es war vollständig schmerzlos, ich werde dieses Atelier jedermann nur sehr empfehlen. Fr. R.

Herr Haus hat mir völlig schmerzlos 2 Zähne gezogen, ich hatte große Angst, es war aber gänzlich schmerzlos. Auch das Plombieren hat mir sehr gefallen. Fr. M.

Preise:

Zähne mit echten Platinstiften, in geeigneten Fällen Diatorix	1.80
Zahn- oder Wurzelziehen kostenlos.	
Nervtöten pro Zahn	1.00
Zahn- oder Wurzelziehen mit örtlich. Betäubung	1.00
Goldklammern, 14kar. Gold	3.00
Plombe, Zement (Havard)	2.00
Silber-Amalgan-Plombe Ref.	2.50
Reparaturen	von 1.00 an
Ganzes Gebiß, 28 Zähne	50.00

Umarbeitung nicht sitzender Gebisse.
Wenden Sie sich vertrauensvoll nach meinem Atelier.
Ueberzeugung macht wahr! 7045

Zahn-Praxis Ernst Haus
Lübeck, Mühlenstraße 1-3, I. Etage, Am Klingenberg. Telephon 1703.

Sargmagazin H. Horenburg, Paulstraße 16.
Schöne Auswahl in Perlkränzen. (7014
Einkleidung aller Art. Uebernahme ganzer Beerdigungen. Billige Preise.

Sie werden erstaunt sein über die Reichhaltigkeit und Preiswürdigkeit meines Lagers in (7048

Herren- und Knaben-Konfektion

Herren-Anzüge . . 12—45 M. | Knaben-Anzüge . 2.50—24 M.
Herren-Ulster . . 19—38 M. | Knaben-Paletots 2.25—22 M.

Berufskleidung beste Verarbeitung. sehr billige Preise.
Hermann Kampff
7045 früher Gebr. Barg.
Lübeck, Kohlmarkt 5. Lauenburg a. E., Elbstraße 91/93.

Faust.

Tragödie von F. v. Goethe. (I. Teil).

Zu der Vorstellung des Arbeiter-Bildungsvereins am Sonntag, 5. Oktober, sind Bücher à 20 Pfg. bei uns zu haben.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Aerztlicher Sonntagsdienst
am 21. Septbr. von 1 Uhr ab. (6999
Dr. med. Joël, Königstr. 10.
Dr. med. Lorenz, Beckergrube 64, I.
Dr. med. Schuhr, Schwart. Allee 2.

Dr. Seitz
Fackenburg 7019
zurückgekehrt.

Zwetschen
10 Pfd. 70 Pfg., 50 Pfd. 3.25
empfiehlt C. Prestin,
7066) Fleischhauerstraße 60.

Herren-Sohlen u. Absätze v. 2.70 an
Damen-Sohlen u. Absätze v. 1.70 an
Kinder-Sohlen u. Absätze v. 1.00 an
Schnell, sauber u. haltbar. (7053
Mechan. Schnell-Besohl-Werkstatt
m. elektr. Betrieb. **Lg. Lohberg 66.**

Ein gr. Posten gebr. Fahrräder, 6 Herren- u. 5 Damenräder, teils fast neu. Damenräder v. 26 Mk. an. Um dem Verein Lüb. Fahrradhändler die Spitze zu bieten, verk. ab heute neue Räder m. Frei., kompl. 1 Jahr Garant. 45 Mk. Gebirgsdecken nur 3.50, Glocken 10 Pf. Torpedo-Frei. 13 M. Netze 85 Pf. Pedale 1.20, Ketten 1.50 2c. L. Lohbg. 66.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Kleinverkauf u. Ausschank
290) empfiehlt
J. Höppner, Beckergr. 66.

Leere Farbetonnen
vorrätig.
Expedition d. „Lüb. Volksboten".

Betten-Duve liefert bestens und billigst.
6621 Gr. Burgstr. 32.

Hintze & Stech
Größte Möbelfabrik Lübecks
empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen gegen bar in der Fabrik:
Moislinger Allee 60.

Gutes Mittagessen:
Suppe, Braten, Gemüse, zusammen 15 Pfg.

Nach Anleitung unserer gratis beigelegten Kochanweisung verwendet, besitzt 1 Pfund **Ochsena-Extrakt** à 1 Mk. den Gebrauchswert von ca. 10 Pfund frischem **Ochsenfleisch.** Man kann daher mit ca. 30—40 gr. (ein gut gehäufter Teelöffel voll) Ochsena à Person ein sehr wohlschmeckendes, nahrhaftes Mittagessen mit dem Geschmack und Nährwert einer besonders kräftigen, würzigen

Fleischsuppe mit Gebratenem
Bratensauce mit Gemüse, zusammen für 15 Pfg.

herstellen. Ochsena ist in den Kolonialwaren-Handlungen käuflich: Dose à 1 Pfund netto 500 gr. 1 Mk., Dose à ½ Pfund 55 Pfg. Wo noch nicht zu haben, senden wir direkt an Private eine Probedose à ½ Pfund netto 250 gr. zu 70 Pfg. per Post franko nach jedem Orte Deutschlands. Zahlung nach Empfang und Gutbefund. Nichtgefallendes nehmen, auch angebrochen, jederzeit zurück. Ochsena ist unbeschränkt haltbar und uns beim Kais. Patentamt Berlin gesetzlich geschützt. (7021

Altona-Ottensen, MOHR & CO. G. m. b. H.

1. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 221. Sonnabend, den 20. September 1913. 20. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Jena.

C. B. Jena, 18. September 1913.

Vierter Verhandlungstag.
(Vormittagssitzung.)

Vors. Bock eröffnet die Sitzung um 9 Uhr.

Zur Beratung steht die Arbeitslosenfürsorge.

Referent Timm-München: Der gegenwärtige Stand der Wirtschaft läßt für den kommenden Winter die allerschlimmste Arbeitslosigkeit erwarten. Deshalb müssen wir die Herrschenden heute erneut mit allem Nachdruck daran erinnern, daß sie die Pflicht der Arbeitslosenfürsorge haben. Diese Demonstration ist der Zweck unserer heutigen Beratung. Die Zentrumspresse kann sich ihren Hohn sparen, daß wir noch immer über dieses Problem nicht klar seien; wir sind vollkommen klar und tatbereit, was leider das Zentrum nicht ist. Wir sind uns darüber klar, daß die Krisen unvermeidliche Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind und erst mit der Ueberwindung dieser Wirtschaftsweise, mit der sozialistischen Produktion, Produktion durch die Gesellschaft für die Gesellschaft verschwinden werden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß jetzt die Arbeitslosigkeit einen besonders großen Umfang annehmen wird. Der Balkankrieg und andere politische Erschütterungen haben dem Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen. Von Ungarn und Oesterreich ergießt sich ein Strom Arbeitsloser in alle angrenzenden Länder; in Deutschland arbeiten gegenwärtig rund 1 Million Ausländer, was natürlich die Krise sehr verschärft. Dazu kommt das völlige Darniederliegen des Baugewerbes in fast sämtlichen Großstädten. Lassen Sie mich Ihnen einige Zahlen über das Münchener Arbeitslosenelend geben. Anfang Juli waren von 70 000 Gewerkschaftsmitgliedern 6034 = 8,5 Proz. arbeitslos, darunter 1624 schon mehr als 6 Wochen und nicht wenige, namentlich Bauarbeiter, seit mehr als einem Jahre. Die Ortskrankenkasse München für das Baugewerbe sah in den letzten beiden Jahren die Zahl ihrer Mitglieder um 10 161 sinken. Der Bauarbeiterverband hat bekanntlich noch keine Arbeitslosenunterstützung, zahlte aber in München aus lokalen Mitteln Beihilfen in Höhe von 31 428 Mk. Aber dies wie die städtischen Unterstützungen waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Rechtsrat Grieser in München, politisch ein Zentrumsmann, mußte erklären: „Die Steigerung der Ausgaben für Armenpflege ist im Verhältnis zum Gesamtbedarf gering; aber auf der Schattenseite stehen Not, Elend und Entartung. Wieviel Hunger und Entbehrung gehen der Armenunterstützung voraus; wieviel Kummer und Verzweiflung starrt der Zukunft entgegen!“ Ich fürchte, wir werden diese Worte dem Zentrum noch oft entgegenrufen müssen, ehe wir es zu einer ernsthaften Fürsorge für die Arbeitslosen zwingen. Grieser hat mit Entschiedenheit betont, daß, wer ohne Schuld arbeitslos ist, eine wirtschaftlich und sozial höher stehende Hilfe verdiene, als das Brot der Armenpflege. Aber das Zentrum verschließt sich dieser Mahnung. Der ungeheuer gestiegene Andrang zu den Arbeitsnachweisen und der Rückgang des Eisenbahngüterverkehrs lassen für ganz Deutschland das schlimmste fürchten. Genau so schlimm wie in München steht es gegenwärtig in Nürnberg, in Frankfurt, in Breslau, in Berlin. Als die berufenen und entschiedenen Vertreter der deutschen Arbeiterklasse fordern wir wirksame Hilfe für die Arbeiterschaft gegen das Elend der Arbeitslosigkeit. Wir fordern die weitestgehende Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit durch alle öffentlichen Verbände. Dabei sollen die Löhne nicht gedrückt, sondern die Tarife streng innegehalten werden. Aber es wird sich nicht entfernt für alle Arbeitslosen öffentliche Arbeitsgelegenheit schaffen lassen; darum verlangen wir eine öffentlich-rechtliche, auf breiter Basis ausgearbeitete Arbeitslosenversicherung. (Lebh. Zust.) Bisher hat man die Arbeitslosenversicherung fast ganz ausschließlich den freien Gewerkschaften überlassen, die in den letzten 20 Jahren 68 Millionen Mark Unterstützungen ausgezahlt haben, darunter allein in den letzten Jahren ja fast 10 Millionen. (Hört, hört!) Aber die Gewerkschaften dürfen und können nicht allein die Folgen der regellosen kapitalistischen Wirtschaftsordnung tragen. „Geben Sie dem Arbeiter ein Recht auf Arbeit, solange er gesund ist“, rief Bismarck vor 30 Jahren dem Reichstag zu. Und auf eine Einwendung Eugen Richters fuhr er fort: „Es kommt dem Staate zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die ihren Lebensunterhalt nicht selbst verdienen können.“ Wie weit ist die heutige Regierung selbst hinter dieser Auffassung zurück. Auf dem jüngsten internationalen Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Gent hat der Vertreter des deutschen Reichsstatistischen Amts, Dr. Zacher erklärt, die Frage der Arbeitslosenversicherung könne auf dem Wege der Zwangsversicherung nach beruflicher Gliederung wirksam gemacht werden. Aber zugleich erklären die Regierungsblätter jede Arbeitslosenversicherung für aussichtslos. (Hört, hört!) Die Krise gibt dem Kapitalismus Gelegenheit, seine Raubtiernatur unverhüllt zu zeigen. Seine Presse höhnt über das Arbeitslosengeschrei und das Anwachsen der Simulanten der Arbeitslosigkeit. Zentralverband der Industriellen und Bund der Landwirte haben sich zu einem neuen Feldzug auf Verteuerung der Lebensmittel zusammengetan, und um jeden Widerstand der Arbeiter zu brechen, ein neues Zuchthausgesetz gefordert. Diesen Arbeiterfeinden versprechen die Regierungen, ihre Interessen „mit allem Nachdruck zu vertreten“. Uns hat das nicht überrascht, aber für die noch unaufgeklärten Arbeiter werden diese Feststellungen lehrreich sein. Wir haben angesichts der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit um so nachdrücklicher billige Lebensmittel und freies Koalitionsrecht zu fordern. (Sehr wahr!) Auch die Agrarier dürfen nicht fehlen, um jede Arbeiterforderung zu bekämpfen. Sie verweisen die Arbeiter auf das Land. Aber im Winter sind in dem Saisongewerbe Landwirtschaft ohnedies Tausende arbeitslos; nur einen Monat im Jahr könnte die Landwirtschaft größere Arbeitslosenmassen aufnehmen. Gerade die Arbeitslosen vom Lande strömen im Winter in Scharen nach der Stadt. Die Arbeitslosenversicherung wird also den Zuzug nach der Stadt nicht beflügeln, sondern eindämmen. Bisher ist alles Streben der Arbeitslosenversicherung in Deutschland an dem Gaukelspiel der Instanzen gescheitert. Wir verlangen, daß die Arbeitslosenversicherung von Reich, Staat und Gemeinde organisiert und der Kampf gegen das Massenelend gleichzeitig und sofort von allen Seiten angegriffen wird. Deutschland hat sich auf diesem Gebiet vom Ausland, besonders von England und Dänemark, weit überholen lassen. In Dänemark sind mit einem jährlichen Staatszuschuß von 1 Million 59 Proz. der erwachsenen männlichen Arbeiter versichert. Die englische Arbeitslosenversicherung hat ein Mitglied der ersten bayrischen Kammer, Hofrat Ritter von Schanz, als „wahrhaft großzügig“ bezeichnet. Die englische Arbeitslosenversicherung ist der beste Beweis dafür, daß sich Arbeitslosenversicherung und freie Selbstverwaltung durch die Gewerkschaften sehr wohl vereinigen lassen. In Deutschland ist staatlich für die Arbeitslosenversicherung noch nichts ereicht. Unsere Anträge lehnt das Zentrum ab, weil die Voraussetzung der Arbeitslosenversicherung, der paritätische allgemeine Arbeitsnachweis, fehle. Aber 1910 hat das Zentrum im Reichstag alle unsere Anträge auf allgemeine Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises abgelehnt. (Hört, hört!) Ueberhaupt ist die Haltung des Zentrums in der Arbeitslosenfrage ein Musterstück von Jesuitik. (Sehr wahr!) 1908 drängte das Zentrum im bayrischen Landtag mit uns auf eine Arbeitslosenversicherung, und als ein liberaler Redner noch eine Denkschrift forderte, erwiderte der Zentrumsgraf Pestalozza, wenn der deutsche Arbeiter heute in Not gerate, habe er selbst von der besten Denkschrift nicht das mindeste. Im Jahre 1909 beantragte der Zentrumsarbeiter Oswald, den Gemeinden 50 Proz. ihrer Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge aus der Staatskasse zurückzuerstatten. Als wir dann den Antrag einbrachten, dafür 100 000 Mark in den Etat einzustellen, lehnte das Zentrum trotz der Bereitwilligkeit der Regierung einstimmig die Forderung ab, einschließlich des Zentrumsarbeiters Oswald. (Hört, hört!) Auch in den Gemeinden hat das Zentrum jeden Fortschritt der Arbeitslosenfürsorge hintertrieben. Jetzt ist durch das Schreiben des bayrischen Prinzregenten das bayrische Zentrumsministerium in die Zwangslage versetzt worden, erneut zu der Frage der Arbeitslosenversicherung Stellung zu nehmen. In dem Schreiben wird das Bedauern über den großen Umfang der Arbeitslosigkeit und die Genugtuung über die bereits erfolgten Maßnahmen zu ihrer Linderung ausgesprochen. Es folgt der ausdrückliche Auftrag, die „vielerörterte Frage der Arbeitslosenversicherung“ in den Kreis der Erwägungen zu ziehen und über die getroffenen Maßnahmen und ihren Erfolg zu berichten. Der Prinzregent erklärt sich für durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und „dem Wunsche nach tunlichster Hilfe“. Wir werden abwarten, wie Hertling den Herrscherwillen ausführt und wie weit er dabei vom Zentrum unterstützt wird. Wir dürfen jedenfalls schon heute erklären, daß wir die Anwälte aller Arbeiter, auch der christlichen, sein werden. (Sehr wahr!) Wenn die christlichen Arbeitervertreter im Parlament die Interessen ihrer Klassengenossen verraten, so war die deutsche Sozialdemokratie unausgesetzt für eine durchgreifende Arbeitslosenversicherung tätig. Diesen Kampf werden wir weiter mit allen Waffen und aller Schärfe führen und seine Früchte neidlos allen Arbeitern zugutekommen lassen. (Beifall.) Wie in Bayern, so haben wir auch in den übrigen Bundesstaaten noch keinen unmittelbaren Erfolg gehabt. In Baden hat der Großblock 100 000 Mark für die Arbeitslosenversicherung gefordert, die Regierung aber bisher noch nichts getan. Das Zentrum stimmte dagegen. (Hört, hört!) In Württemberg hat der Landtag wiederholt Gelegenheit genommen, Staatszuschüsse für die gemeindlichen Arbeitslosenversicherungskassen zu fordern. Die Regierung will erst „Erfahrungen abwarten“. In Sachsen hat man die Bewilligung von Mitteln für die Arbeitslosenfürsorge glatt abgelehnt. Bei der Macht der Scharfmacher auch über die höchsten Stellen dieses Landes kein Wunder! Die Bundesregierungen können sich nicht entschuldigen, daß sie kein Geld für die Arbeitslosen haben; sie haben ja so viel für die neuen Militärforderungen übrig gehabt. (Sehr wahr!) In Bayern sind allein in den letzten 10 Jahren 12 Millionen Beihilfen an ländliche Genossenschaften und 600 000 Mark für die Pferdeversicherung ausgegeben worden. (Bewegung.) Und da sollte man die Arbeitslosen mit leeren Händen abziehen lassen?! Von den deutschen Großstädten haben bisher 11 eine meist recht bescheidene Arbeitslosenversicherung geschaffen. Voran ging 1902 Straßburg i. E. und noch in jüngster Zeit sind Offenbach und Fürth gefolgt. Die Großstädte haben eine besonders hohe Arbeitslosigkeit und deshalb eine besondere Veranlassung, sofort vorzugehen, ohne irgend welche andere Initiative abzuwarten. Bei der Arbeitslosenversicherung ist es für uns eine notwendige Voraussetzung, daß die Bewegungsfreiheit der Arbeiter in keiner Weise eingeengt wird. Aus diesem Grunde haben wir früher in Mannheim und jüngst in Charlottenburg gewerkschaftsfeindliche Arbeitslosenversicherungsentwürfe ablehnen müssen. Jede Verzögerung der Frage in den Gemeinden durch die Berufung auf Erhebungen und Statistiken, die erst gemacht werden müßten, ist energisch zu bekämpfen. Die Denkschrift der Generalkommission der Gewerkschaften von 1911 enthält ein überwältigendes Material. Wenn die Wucht sittlicher Argumente eine Forderung durchsetzen könnte, hätten wir die Arbeitslosenversicherung überall durchgesetzt. (Sehr wahr!) Leider kommt es auf die Machtverhältnisse an; doch auch da dürfen wir nicht verzweifeln, die steghafte Kraft der Sozialdemokratie hat schon große Hindernisse überwunden. Natürlich nur dann, wenn eine große systematische Aktion der Volksmasse sie getragen hat. Wir brauchen auch jetzt eine mächtige einheitliche Aktion im ganzen Lande. Denn an dieser Frage ist die ganze Arbeiterschaft unmittelbar interessiert: die Arbeitslosen müssen sich gegen ihr Versinken ins Elend schützen, und die noch Arbeit haben, müssen dafür sorgen, daß nicht sie allein für die Unterstützung der arbeitslosen Genossen zu sorgen haben. Haben sich doch z. B. unsere Holzarbeiter einen Extrabeitrag von 20 Pfg. auferlegt, um ihre arbeitslosen Kollegen durchzuhalten, obwohl ihr eigener Verdienst stark gekürzt ist. Wenn wir vereint und mit der ganzen Kraft den Ruf nach Brot und Arbeit für das Proletariat erheben und diesen Kampf planmäßig organisieren, kann der Erfolg nicht ausbleiben. Wir aber, die die Führer dieser Bewegung sein werden, können in dem Bewußtsein unser ganzes Können dafür einsetzen, daß wir eine wichtige Kulturtat für die Arbeiterschaft und Menschheit zu leisten haben. (Lebhafter Beifall.)

Das ewige Gericht.

Roman von Max Treu.

(27. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Alle diese Gedanken zogen ihm durch den Sinn, während das Tippen der Schreibmaschine durch das Zimmer schallte. Freilich — in freudiger Stimmung war er nicht; dazu lasteten jene Briefe zu schwer auf ihm. Erst mußte er wissen, was es mit diesem neuen Bubenstreich für eine Bewandtnis habe, und ob Marie nichts geschehen war, dann erst konnte neue Lebensfreude bei ihm einziehen.

Welch eine seelische Qual war doch dieses Leben! Ein Leben, in dem man trotz alles ehrlichen Vorwärtsstrebens in jedem Augenblick davon bedroht war, von irgendeinem Abgrunde, der sich plötzlich auftat, verschlungen zu werden! Ja wahrlich, es wäre schon besser drüben in Amerika, wo sich keiner um den andern kümmert; wo einer allein und selbständig dasteht, ohne daß der Klatsch, die Schadenfreude und die Gemeinheit ihn besudeln. Ja, das war gewiß ein leuchtendes Ziel! —

Da fuhr er aus seinen Träumereien auf.

Ein leichter Schritt war hinter ihm laut geworden, und in demselben Augenblick, als er sich umwandte, um nach dem Ankömmling zu sehen, sagte eine Stimme:

„Guten Abend, lieber Freund! Da bin ich!“

Als habe ihn ein unerwarteter Schlag getroffen, so hastig sprang er empor.

„Marie!“

In der Tat, sie war es, die vor ihm stand und ihm schweigend die Hand hinstreckte.

Oder doch nicht?

Nein, um Gottes willen, nein! Das war sie nicht, das konnte sie nicht sein! Er riß den Schirm von der Lampe herunter, um sie im vollen Schein des Lichtes zu sehen. Und nun flogen seine Augen an ihr herauf und herunter — war sie das?

Und wenn sie es nicht war, wer war denn diese hohe, schlanke Gestalt mit dem entgeisterten Gesicht, aus dem zwei große Augen todmüde in die Welt hinaussahen? Wer war diese hohe Frauengestalt, über der etwas Unnennbares lag — ein Etwas, das ihn an eine schöne Frauenstatue in einer Kunstausstellung erinnerte, durch die mitten hindurch ein tiefer Riß gegangen war?

„Marie!“ rief er wieder.

„Ja, ich bin's, mein Freund!“ entgegnete sie, und er erschrak, wie farblos ihr sonst so volles Organ klang.

„Wie kommen Sie hierher, Marie? Ist denn nicht Karneval? Wollten wir ihn nicht zusammen feiern? Oder bin ich inzwischen wahnsinnig geworden?“

„Fast könnte man es werden!“ sagte sie ruhig.

Und dann fuhr sie fort mit derselben tonlosen Stimme, aus der alles Leben gewichen schien:

„Lassen Sie mich setzen, Freund, und geben Sie mir ein Glas Wasser — ich bin todmüde —“

Er führte sie zum Sofa. Wie geistesabwesend ließ sie sich darauf nieder. Dann trank sie mit hastigen Zügen das Glas Wasser leer, das er ihr reichte:

„Ich danke Ihnen, lieber Freund!“

Er nahm ihr Hut, Jackett und Handschuhe ab, deren sie sich entledigt hatte.

„Was ist geschehen, Marie?“ fragte er atemlos.

„Kennen Sie Goethes Strophe:

Uebers Niederträchtige
Niemand sich beklage!
Es ist allein das Mächtige,
Was man auch sage!

Kennen Sie diese Strophe? Dann haben Sie die bündige Antwort auf Ihre Frage.“

„Sprechen Sie deutlicher, liebe Marie! Martern Sie mich nicht mit Unklarheiten!“

„War ich nicht deutlich genug? Nun gut, dann will ich ganz kurz und deutlich sein: Ich habe meine Stellung verloren und bin auf der Polizei als eine Dirne vernommen worden!“

„Marie! Das ist nicht möglich!“

Ein bitteres Lächeln spielte um die fest geschlossenen Lippen.

„Sie haben ja alle Unmöglichkeiten selbst durchgekostet. Ich sage Ihnen: bei uns ist kein Ding unmöglich!“

Da schrie er laut auf:

„Ja, Sie haben recht! Ja, ja, Sie haben recht!“

Und dann stürzte er zu ihren Füßen nieder, barg sein Haupt in ihren Schoß und weinte.

Sie ließ ihn gewähren und fuhr leicht mit der Hand über sein wirres Haar.

Allmählich wurde er stiller. Er stöhnte nur noch leise, und endlich fragte re:

„Sprechen Sie mir von dem Dinge, das nicht unmöglich gewesen ist!“

Nach einer Weile sagte Marie:

„Unser Freund Reising hat diesmal seine Karten gut gemischt; er hat es verstanden, alle Trümpfe auf seine Seite zu bringen. Er hat an die Mütter von drei jungen Damen aus unserem Geschäft geschrieben, hat ihnen meine Vergangenheit geschildert, hat erklärt, daß ich — daß ich mit einem Zuchthäusler in intimen Beziehungen stünde, und dasselbe hat er der Polizeidirektion geschrieben mit dem Zusatz, daß dieser Zuchthäusler, der aus der Residenz ausgewiesen sei, mich trotzdem wiederholt besuche!“ Sie schwieg, und er fühlte ihre Wange sein Haupt berühren. Er erschrak, wie eiskalt diese Wange war.

„Sprechen Sie weiter, Marie!“ bat er. „Ich muß alles wissen, alles, alles, denn wir wollen alles zusammen tragen!“

Ein Schweigen entstand, kein Laut war vernehmbar als das Ticken der Taschenuhr, die auf Haltmanns Schreibtisch lag, und das Hüpfen eines Kanarienvogels, der in seinem Käfig von Stange zu Stange flog.

Endlich nahm Marie wieder das Wort, immer mit derselben müden, weltfremden Stimme:

„Sehen Sie, lieber Freund. Die drei Damen haben für die Tugend ihrer Töchter zu zittern angefangen; sie kamen alle drei zu mir und sagten, daß sie es nicht begreifen könnten, wie so eine wie ich den Mut haben könnte, sich unter anständigen jungen Mädchen zu bewegen. Und dann sind sie von mir zum Chef gegangen und haben ihm erklärt, daß sie, als sie ihre Töchter ihm anvertrauten, das in der Ueberzeugung taten, eine Firma wie Siebert u. Co. werde in jeder Beziehung auf guten Ruf halten; nun hätten sie aber etwas erfahren müssen, von dem sie nur annehmen könnten, daß der Chef des Hauses es nicht wisse. Da hat er mich rufen lassen und die drei Mütter haben mich gefragt, ob das wahr sei, was da in diesen Briefen über mich stünde. Und darauf habe ich sie gefragt, ob sie einen Menschen, der vor Jahr und Tag einmal eine Krankheit gehabt habe, denn für alle Zeiten aus den Kreisen der Gesunden ausschließen wollten? Sie aber meinten, das sei etwas ganz anderes; es genüge ihnen aber vollständig, was ich gesagt hätte, und sie müßten dem Chef mitteilen, daß ihre Töchter nicht mehr neben mir im Geschäft arbeiten könnten und wollten! O, lieber Freund, Sie wissen es vielleicht noch nicht, aber glauben Sie es mir: die strengste Richterin über die Frau ist die Frau. Sie ist unerbittlich, sie verzeiht einer Mitschwester nie und ob sie selbst auch tausendfach ebendamit sündigt, womit jene gesündigt hat! Nicht die Sünde selbst dünkt sie unverzeihlich, sondern die Tatsache, daß die Sünde bekannt geworden ist!“

Er lag regungslos zu ihren Füßen.

„Weiter, weiter, Marie!“ drängte er, als sie, Atem holend, einen kurzen Augenblick innehielt.

(Fortsetzung folgt.)

Es wird in die Diskussion eingetreten.

Zubeil-Berlin: In Berlin sind mindestens 25 000 organisierte Arbeiter arbeitslos und noch erheblich viel mehr Unorganisierte. Allein im Jahre 1911 haben die Gewerkschaften in Berlin 2.1 Millionen Arbeitslosenunterstützung gezahlt. Im Reichstag haben wir im Winter 1902 einen kräftigen Vorstoß gegen die Arbeitslosigkeit unternomemn, haben den allgemeinen gesetzlichen zehnstündigen Arbeitstag mit allmählicher Verkürzung auf 8 Stunden, die Ausdehnung der Arbeiterschutzgesetze, ein Reichsarbeitsamt und die Arbeitslosenversicherung gefordert. Alle bürgerlichen Parteien standen damals gegen uns. Werden wir jetzt mehr Erfolg haben? Ich will es hoffen, aber jedenfalls müssen wir auch in den Gemeinden unseren ganzen Einfluß zugunsten der Arbeitslosen geltend machen. (Sehr wahr!)

Kühs-Magdeburg: Indem der Parteivorstand die Frage der Arbeitslosigkeit in den Mittelpunkt der Beratungen des Parteitages gestellt hat, hat er das ihm bestrittene feine Ohr für die Empfindungen der Masse bewiesen. Auch der Korrespondenz Stampfer schulden wir Dank, daß sie die Parteipresse mit dem nötigen Nachdruck auf das politisch Notwendige hingewiesen hat. Wir alle sind uns wohl darüber einig, daß Massenaktionen notwendig sind, aber sie müssen ein festumrissenes Ziel haben, und ein solches Ziel haben wir hier in der Arbeitslosenversicherung. Hier können wir dem Volke alle Schäden der kapitalistischen Produktionsweise vor Augen führen, hier können wir uns weit über die Kreise unserer Anhänger hinaus an die weitesten Kreise des Volkes wenden. Da an der Frage der Arbeitslosigkeit nicht nur Lohnarbeiter und Angestellte, sondern auch Kleingewerbetreibende und Kleinhändler in hohem Maße interessiert sind, müssen wir hier einmal aus unserer gewohnten Flugblattschablone heraustreten; wir müssen an Gefühl und Seele appellieren und, wenn möglich, den Zeichenstift der größten und besten Künstler für die Weckung der Geister uns dienstbar machen; vielleicht versagt sich diesem Zweck eine Käthe Kollwitz nicht. Zeigen wir, Genossen, daß wir nicht nur die Partei der Massenstreiker sind, sondern auch Arbeitswillige für das Proletariat und den Fortschritt der Arbeiterklasse. (Lebhafter Beifall.)

Eduard Schmidt-München: Die Ausführungen des Referenten haben Ihnen gezeigt, wie scharf der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit gerade in München ist. Wir leiden darunter, daß auch in der Parteipresse München immer nur als Bierstadt behandelt wird. Unser Streben und Wirken verdiente ernstere Beachtung. Wir haben seit Jahren die schärfsten Vorstöße gemacht, um Stadtverwaltung und Regierung zum Vorwärtsgehen in der Arbeitslosenfürsorgefrage zu zwingen. Soweit bisher Mittel bewilligt wurden, konnten sie nur mit Hilfe der Gewerkschaften zweckmäßig angebracht werden. Das wird sich überall zeigen, und überall müssen wir vorwärts drängen.

Barth-Zwickau: Ich vermisse in der Resolution den Hinweis darauf, daß durch bessere Verteilung der Staatsarbeiten und Staatsaufträge die Krise wirksam eingedämmt werden kann. Das war in den Resolutionen des Kopenhagener Internationalen Sozialistenkongresses und des Dresdener Gewerkschaftskongresses schärfer herausgearbeitet. Besonders aber verweise ich auf die Ausführungen und Anträge des holländischen Ministers Treub auf dem Genter Kongreß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die die ganze Bedeutung der Vergebung der öffentlichen Arbeiten für die Krisenfrage erkennen lassen. Ebenso wichtig ist die Arbeitsnachweisfrage. Die heutigen Unternehmernachweise, die die Hälfte aller besetzten Stellungen vermittelt haben, dienen nicht der Arbeitsvermittlung, sondern nur der Kontrolle über die Arbeiter. Gehen sie doch neben allem übrigen Unternehmerterrorismus jetzt dazu über, die von ihnen gekennzeichneten Arbeiter sogar den Reichs- und Staatsbehörden zu denunzieren. Der öffentliche paritätische Arbeitsnachweis muß in Zusammenhang mit der Forderung der Arbeitslosenversicherung propagiert werden.

Winnig-Hamburg: Wir kämpfen hier für eine edle, große und gute Sache. Die Krise und Arbeitslosigkeit bedeutet eine furchtbare Kulturzerstörung. Unser Glück und Stolz ist es, das Lebensniveau von Hunderttausenden gehoben zu haben. Hunderttausenden haben wir das Leben reicher, sonniger gemacht. Aber das Elend der Arbeitslosigkeit bedroht alles, was wir an Kultur geschaffen. Wir verlangen wenigstens eine teilweise Sicherung dessen, was wir durch die solidarische Selbsthilfe bisher erreicht haben. Unsere größte Errungenschaft ist, daß wir das Selbstbewußtsein der Arbeiter gestärkt, ihre Menschenwürde erweckt haben. Ich habe keine Illusionen: auch die Arbeitslosenversicherung ist nicht der Zauberstab, der aus allen Knechtsseelen Männer machen könnte; aber es ist doch für jedermann ein Rückhalt, wenn er der Gefahr der Entlassung und Arbeitslosigkeit nicht ganz schutzlos gegenübersteht. Die Bauarbeiter haben sich bisher durch Selbsthilfe keine Arbeitslosenversicherung geschaffi; sie werden es in kurzer Zeit durch gewaltige Opfer tun. Nach unseren Konjunkturberichten aus 1200 Orten sind gegenwärtig 18—20 Proz. der deutschen Bauarbeiterschaft ohne Beschäftigung. In Hamburg sind von 11 000 Mitgliedern 3000 arbeitslos. (Hört, hört!) In Berlin, München, Nürnberg, Kiel, Lübeck und vielen anderen Orten ist die Arbeitslosigkeit schlimmer als je seit 1908. Wir erhalten an der Zentralstelle des Bauarbeiterverbandes Aeußerungen ergreifender Not und herzzerreißenden Jammers, sodaß wir immer wieder mit den Worten des Koran sagen müßten: Wenn Ihr wüßtet, was ich weiß, würdet Ihr viel weinen und wenig lachen. Und dabei sind die Herrschenden im ganzen Lande unaufhörlich in Jubelstimmung. Die Frage des Arbeitsnachweises sollten wir in die Forderung der Arbeitslosenversicherung nicht hineinwerfen, weil wir sie dadurch auf lange Zeit hinausschieben würden. Wenn wir erst die Arbeitslosenversicherung haben, wird der Staat in seinem eigenen Interesse gegen die schamlosen Gewaltpraktiken der Unternehmerarbeitsnachweise vorgehen müssen. Der Kampf für die Arbeitslosen ist keine parteipolitische Bewegung. Wir müssen alles vermeiden, was den Gegnern ein Recht geben könnte, unsere Bewegung als parteipolitisch zu diskreditieren. Es handelt sich gar nicht um eine Parteisache, die Linderung der Not ist eine Sache des ganzen Volkes, hoch über allem Parteigetriebe. Wir appellieren an das Solidargewissen und das sittliche Empfinden der Menschen. Spaltungsstoff haben wir auch sonst genug. Was uns fehlt, ist Brot für viele Tausende Arbeitslose. (Lebhafter Beifall.)

Böttcher-Mannheim: Die badische Regierung hat wenigstens eine Denkschrift über die Fürsorge für Arbeitslose herausgegeben, in der sie anerkannt hat, daß diese eine unmittelbare Folge der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist. Ohne die Gegnerschaft des Zentrums einschließlich der christlichen Gewerkschaftsführer hätten wir in Baden längst die Arbeitslosenversicherung durchgesetzt. Freilich machen auch die Liberalen in den Rathäusern große Schwierigkeiten, die wir erst überwinden müssen. In Mannheim z. B. wurde ursprünglich ohne Rücksicht auf die Gewerkschaften ein Sparsystem eingeführt, das wir sanktionieren mußten; es brach darunter vollständig zusammen. Damit war die Bahn für die Einführung einer modernen Arbeitslosenversicherung nach dem Genter System frei. Auch dieses System hat übrigens seine Gefahren, weil es die Gewerkschaftskassen fremder Kontrolle unterstellt. Wir in Mannheim haben das glücklich vermieden und haben das System verbessert. Auch die Verbindung von Arbeitslosenversicherung und Unternehmer-Arbeitsnachweis kann eine große Gefahr werden. Wir werden mit schwieriger Kunst die Arbeitermassen an die Tore der Rathäuser pochen lassen müssen, damit sie ihr soziales Recht erlangen. (Beifall.)

Treu-Nürnberg: Wir sind wohl alle darüber einig, daß die Arbeitslosenversicherung endgültig nur durch Reichsgesetz gelöst werden kann. Wir müssen die bürgerlichen Parteien zwingen, endlich einmal klar zu sagen, wo und wie sie die Frage lösen wollen. Bisher ist durch die Verschiebung von einer Instanz auf die andere mit den Arbeitern nur Schindluder getrieben worden. Bei dem schnellen Tempo der Reichsgesetzgebung wird ihre Hilfe dem jetzt Arbeitslosen kaum noch etwas helfen. Wir müssen daher um jeden Preis sofort in den Gemeinden vorgehen. Dabei sind mir Zweifel gekommen, ob nicht die Liberalen manchmal noch größere Jesuiten sind als die Zentrumsleute. (Sehr gut!) In Nürnberg sagte ein freisinniger Reichstagskandidat, Arbeitslosenfürsorge sei Sache der Armenpflege. Ein anderer fragte, warum die Gewerkschaften nicht lieber die Arbeitslosen unterstützten, statt immerzu zu streiken. Trotzdem haben wir jetzt 30 000 Mark für die Arbeitslosen in den Etat eingesetzt und werden vorgehen, sobald die Regierung ihrerseits etwas tut. Hoffentlich hat sich der Minister von Soden jetzt nicht nur über die Maul- und Klauenseuche, sondern auch über die Arbeitslosenversicherung unterrichtet. (Sehr gut!)

Quarck-Frankfurt: Die Eisenbahnverwaltung in Frankfurt a. M. hat die Anordnung getroffen, daß Arbeitslose, die zum zweitenmal im Hauptbahnhof ohne Fahrkarte angetroffen werden, dem Gericht wegen Hausfriedensbruchs zu übergeben sind; sind sie arbeitslos, so soll das schon beim ersten Mal geschehen. Auf meine Anfrage erklärte die Eisenbahnverwaltung, sie sei leider durch den übermäßigen Andrang Arbeitsloser dazu gezwungen, umsomehr da die Stadt keinerlei Vorkehrungen für die Aufnahme Arbeitsloser getroffen habe. (Hört, hört!) Die Arbeitslosenversicherung hat eine große grundsätzliche Bedeutung für die Umwälzung der gesamten Arbeitsversicherung. Sie läßt sich nicht machen ohne die Mitverwaltung der Berufsorganisationen der Arbeiter. Wie wir in der Rechtsprechung segensreiche Berufsgerichte an Stelle der unheilvollen Justizbureaukratie bekommen haben, müssen wir auch an Stelle der Versicherungsbureaukratie eine freie Selbstverwaltung der Arbeiter bekommen. Die bisherige Arbeiterversicherung war viel mehr gegen, als für die Arbeiterorganisationen geschaffen. An der Arbeitslosenversicherung muß dieses System scheitern. Hoffentlich weht bald ein Sturm durch Deutschlands Gaue, aus dem die bürgerliche Gesellschaft nicht ohne wesentliche Erschütterung der Bureaukratie und nicht ohne wesentliche Konzessionen an die Arbeiter herauskommt. (Lebh. Beifall.)

Molkenbuhr: Die Arbeitslosenfürsorge ist nicht nur eine allgemeine Kulturaufgabe, sondern auch ein Kampfobjekt im Klassenkampf. Die Bourgeoisie braucht eine Reserve Arbeitsloser, hungernder Lohndrücker, um ihren Profit zu erhöhen. An sich würde es sie gar nicht teurer kommen, Arbeitslosenfürsorge zu treiben, als nachher Bettler, Gefangene und Arbeitshausinsassen zu ernähren, die Vorbeugung ist meist billiger als die Heilung, aber aus Klasseninteresse unterläßt sie diese Vorsorge, und gegen dieses Klasseninteresse müssen wir ankämpfen. Die Arbeitslosenversicherung ist übrigens keine Krisenfrage, wie die Krankenversicherung keine Epidemienfrage, sondern eine Sicherung gegen die chronische Arbeitslosigkeit. Wir in Schöneberg haben neben der Unterstützung der Gewerkschaften durch die Stadt auch eine Sparversicherung und Speisemarken für die Unorganisierten, aber diese Einrichtungen werden kaum benutzt. Das Deutsche Reich wird sich unseren Forderungen kaum dauernd widersetzen können; denn es ist von England jetzt so in den Schatten gestellt, daß es das bei seinen Ansprüchen auf Führerschaft in der Arbeiterversicherung nicht lange ertragen kann. England gibt schon jetzt 360 Millionen jährlich dafür aus, mindestens viermal so viel wie Deutschland. (Hört, hört!)

Böhle-Straßburg: Die Straßburger Arbeitslosenversicherung hat sich gut bewährt. Differenzen zwischen Gewerkschaften und Stadtverwaltung sind nicht eingetreten. Die Kontrolle liegt in den Händen der Gewerkschaften und die Stadt nimmt nur eine Nachprüfung vor. Auch im Landtag, in dem wir ja erst seit zwei Jahren vertreten sind, werden wir sofort nach Wiederaufnahme der Verhandlungen einen Vorstoß für die Arbeitslosenfürsorge machen, und das Zentrum zwingen, Farbe zu bekennen. (Bravo.)

Silberschmidt-Berlin: Infolge der Kriegshetzerei, der wahnsinnigen Rüstungen und der ungeheuren Teuerung ist die Krise in Deutschland außerordentlich viel schärfer als in fast allen Nachbarländern. Wenn wir hier die bürgerliche Gesellschaft anklagen, müssen wir noch besonders die Politik der gegenwärtigen Regierung brandmarken, die die Arbeitslosigkeit außerordentlich vermehrt. Von den Berliner Bauarbeitern sind 23 % der Mitglieder arbeitslos. Holzarbeiter haben ähnlich zu leiden. Durch die langdauernde Arbeitslosigkeit wird das Familienleben zerrüttet, das Gemüts- und Seelenleben vergiftet, die Widerstandskraft geschwächt; alles Sinnen und Trachten bleibt nur auf die Stillung des Hungers gerichtet. Gegen diese Verwüstung von Menschenleben müssen wir ankämpfen. Der Kommunalfreisinn ist vielleicht nicht so hinterhältig wie das Zentrum, aber ebenso rückständig, kleinlich und pfennigfuchserisch. Dazu leiden wir unter dem preußischen Landtag, der selbst in diesen Zeiten bei den großen Staatsarbeiten die Ausländer bevorzugt. (Pfuirufe.) Die Agitation für die Partei ist gewiß nicht der Zweck unserer Propaganda für die Arbeitslosenversicherung, aber trotzdem werden die Arbeiter erkennen, wer ihr wahrer Freund, und wer ihr lauer Vertreter ist. (Lebh. Beifall.)

Giebel-Berlin: Wir müssen alle Kraft daran setzen, die Gemeinden zur Arbeitslosenfürsorge zu zwingen. Sie werden dann unsere Bundesgenossen sein beim Kampf für die reichsgesetzliche Regelung. Unter den Privatangestellten ist, nach den Ergebnissen der Stellungvermittlung gegenwärtig mindestens der zehnte Teil arbeitslos. Die Stellenlosigkeit dauert meist monatelang. Verzweiflungsmorde sind nicht selten. Auch die Angestellten können sich aus ihrem Gehalt keinen Reservefonds zurücklegen. Darum sind sie an unserer Forderung der Arbeitslosenversicherung genau so interessiert wie die Arbeiter und wir müssen sie in der gleichen Weise in die Bewegung hineinziehen. (Allgemeine Zustimmung.) Redner warnt vor der Lohndrückerei durch den Verband deutscher gemeinnütziger Schreibstuben.

Brückner-Berlin beantragt Schluß der Debatte.

Pflüger-Stuttgart: Wir wollten nur darauf hinweisen, daß man in Württemberg zwar kein Geld für die Arbeitslosen hat, aber die Zivilliste erhöht. (Bewegung).

Der Schlußantrag wird angenomemn. Das Schlußwort erhält

Timm: Wir sind alle darin einig, die Fürsorge für die Arbeitslosen als wichtigste Frage in den Vordergrund zu schieben. Wenn ich das Zentrum besonders herausgegriffen habe, so nur deshalb, weil es sich als Träger der Sozialpolitik aufspielen möchte, aber jetzt vollkommen versagt hat. Daß die Liberalen nicht besser sind, weiß ich auch. Hat doch in Augsburg ein liberaler Gemeinderat gesagt, die Industrie brauche immer genügend Arbeitslose auf dem Arbeitsmarkt. (Hört, hört!) Wir stellen gewiß keine Parteiforderung, aber wer hilft uns denn sie durchsetzen? Die wissenschaftlichen Gesellschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bieten nur Reden und die anderen Parteien? Warum haben auf dem Katholikentag von Metz die katholischen Arbeiter nicht einmütig für die Arbeitslosenfürsorge demonstriert? (Zuruf: Sie dürfen nicht!) Wir allein sind die Träger der Bewegung und dürfen uns nicht in falsche elegische Bahnen verirren. Andere Fragen in die Arbeitslosenversicherung jetzt hineinwerfen, hieße nur Verzögerung schaffen. Wir wollen eine ganz planmäßige Agitation im ganzen Lande einleiten. Die halbe Million Arbeitslose, die zahllosen Arbeiter mit verkürzter Arbeitszeit, denen das gleiche Schicksal droht, alle Angestellten sollen erkennen, daß wir mit aller Wucht und aller Kraft hierin wie in allen Fragen ihre Interessen wahrnehmen werden. (Lebh. Beifall.)

Alle Anträge werden zurückgezogen, die Resolution Timm einstimmig angenommen.

Timms Referat soll als Sonderdruck erscheinen.

Die Weiterverhandlung wird auf Nachmittag vertagt.

(Der Bericht von der Nachmittagssitzung befindet sich in der 2. Beilage.)

Aus der Partei.

Polizeiliche Hetzjagd gegen eine Soldatenbroschüre. Das Niederrheinische Agitationskomitee hat ein Broschürchen herausgegeben, das sich an die militärpflichtigen jungen Leute wendet und überschrieben ist: „Wer will unter die Soldaten?" Die ganz harmlose Broschüre, die die jungen Leute mit allerhand nützlichen Ratschlägen unterstützen will, ist auf Veranlassung der Elberfelder Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden. Die Kriminalpolizei in den verschiedenen Städten macht nun eine Hetzjagd auf diese Broschüre. Am Donnerstag früh wurde in den beiden Expeditionen der „Freien Presse" in Elberfeld und Barmen eine Haussuchung abgehalten und in Elberfeld 25, in Barmen 11 Exemplare der Broschüre konfisziert. Auch wurde in der Druckerei unseres Elberfelder Parteiorgans gehaussucht, um die Druckplatte zu beschlagnahmen. Die Arbeit war vergeblich. Zu gleicher Zeit wurde in Düsseldorf in der Buchhandlung der „Volkszeitung", im Jugendheim und in der Wohnung des Genossen Winnig gehaussucht. Auch den Filialen der „Volkszeitung" in der Umgegend schenkte die Polizei ihre ganze Aufmerksamkeit. Es wurden dort nicht nur die Geschäftslokalitäten, sondern auch die Wohnungen der Filialleiter durchsucht. Der Erfolg war sehr minimal. Nur in der Buchhandlung der „Volkszeitung" wurden 22 Exemplare der Broschüre beschlagnahmt. Auch in Essen und Köln wurde nach der Broschüre in den dortigen Parteilokalen gehaussucht. Auch hier kamen die Polizisten, wie an anderen Orten, zu spät. Weitere Nachrichten über Haussuchungen und Beschlagnahmungen der Schrift kommen aus Jena und Weimar. In Nürnberg holte sich die Polizei bei einer Haussuchung 77 Exemplare. Die Tatsache, daß fast zu gleicher Zeit in vielen Orten Haussuchungen vorgenommen wurden, weist darauf hin, daß hierzu bestimmte Anweisungen von „oben" vorliegen. Vielleicht glaubt die Staatsanwaltschaft, ihr Fiasko, das sie bei der Verfolgung der Limbertzschen Broschüre erlebt hat durch möglichst schneidiges Vorgehen gegen die Winnigsche Broschüre wider den Militarismus vergessen machen zu können. Uebrigens soll gegen den Verfasser, Peter Winnig, bereits Klage erhoben worden sein.

Gewerkschaftsbewegung.

Lohnbewegung der Schneider in Swinemünde. Die Schneider in Swinemünde planen, in eine Lohnbewegung einzutreten, um auch mit den Swinemünder Schneidermeistern Tarife abzuschließen. Die Unternehmer haben hiervon schon Wind bekommen und suchen deswegen in auswärtigen Zeitungen Gehilfen. Alle organisierten Schneider werden gebeten, in Swinemünde keine Beschäftigung anzunehmen.

Bauarbeiterstreik. In Hadmersleben (Reg.-Bez. Magdeburg) streiken seit drei Wochen die Bauarbeiter wegen Nichtbezahlung der tariflich festgelegten Löhne. Viele der Streikenden arbeiten alljährlich zurzeit der Zuckerkampagne in den Zuckerfabriken des Ortes und der Umgegend. In diesem Jahre — die Kampagne hat vor wenigen Tagen begonnen — werden die Arbeiter meistens von den Zuckerfabriken zurückgewiesen. Indessen ist anzunehmen, daß sich die Zuckerfabriken nicht aus purer Liebe zu einem tarifbrüchigen Bauunternehmertum der Gefahr aussetzen werden, die Kampagne nicht durchführen zu können.

Der Metallarbeiterstreik in Aschersleben. Der vor einigen Wochen in der Maschinenbauanstalt A.-G. zu Aschersleben ausgebrochene Streik der Former wächst sich anscheinend zu einem hartnäckigen Arbeitskampfe aus. Die Ursache des Streiks lag darin, daß die Betriebsleitung wegen der Einführung von Preßluftstampfern die Akkordlöhne um 10 % herabsetzen wollte, welchen Prozentsatz die Arbeiter für zu hoch hielten. Verhandlungen mit der Direktion sind bisher ergebnislos gewesen, vielmehr hat der Streik dadurch eine Ausdehnung erfahren, daß sich die im mechanischen Betriebe beschäftigten Arbeiter mit den Streikenden solidarisch erklärten. Dreher, Schlosser, Putzer haben infolgedessen ebenfalls die Arbeit niedergelegt ud die im Betriebe beschäftigten Holzarbeiter haben sich gleichfalls schon mit der Frage beschäftigt, ob sie einen Solidaritätsstreik führen sollen. Die Zahl der Streikenden beträgt gegenwärtig rund 600. Die Firma bemüht sich, die Streikenden durch Arbeitswillige zu ersetzen. Sie hat auch schon einige arbeitswillige Elemente gefunden, mit denen sie bisher aber eigentlich nur — Betriebsstörungen erzielt hat. Die Streikbrecher fühlen sich natürlich, wie überall, so auch hier, als Herren der Situation, so daß es bereits zu provokatorischen Revolverschießereien gekommen ist. Einer dieser Burschen begleitete seine auf offener Straße verübten Heldentaten mit dem Ausrufe: „Wir Streikbrecher werden euch schon noch blaue Bohnen zu kosten geben!" Der Betriebsleitung ist, wie sie bereits öffentlich bekundete, viel daran gelegen, unorganisierte Arbeiter zu bekommen, die sich dann zu einem gelben Werkverein zusammenschließen könnten. An der Solidarität und der Ruhe der Streikenden werden die Pläne der Unternehmer sowohl wie die Provokationen der Arbeitswilligen zuschanden werden.

Eine gemeine Verleumdung. In Köln wurden am 27. Juni sechs Hafenarbeiter verhaftet, weil man sie für verdächtig hielt, bei der Rhein- und Seeschiffahrtsgesellschaft Früchte gestohlen zu haben. Da es sich um freiorganisierte Leute handelte, so war der Fall ein gefundenes Fressen für unsere klerikalen Gegner. Durch die schwarze Partei- und Gewerkschaftspresse des Westens lief eine entsprechende Notiz, deren Schlußsatz lautete: „Als stille Teilhaber kommen ausschließlich sozialdemokratisch organisierte Hafenarbeiter, Mitglieder des deutschen Transportarbeiterverbandes in Frage, die seit langer Zeit das Bestreben hatten, das Privateigentum abzuschaffen." — Aus den sechs Verhafteten wurden gleichzeitig 17 gemacht. Jetzt verhandelte die Strafkammer in Köln gegen die angeblichen Diebe. Sie wurden sämtlich auf den Antrag des Staatsanwalts hin freigesprochen und sofort aus der Haft entlassen, weil sich ihre völlige Unschuld herausstellte. Aus der Verhandlung ging hervor, daß die Leute einer gemeinen Verleumdung zum Opfer gefallen waren. Der Geschäftsführer einer Fouragehandlung, der sich gleichzeitig wegen Hehlerei verantworten sollte, hatte die Leute einfach bezichtigt, um von sich selbst den Verdacht des Diebstahls abzuwälzen. Er erklärte vor Gericht, er habe die Angaben lediglich aus dem Grunde gemacht, weil er sonst selber in Haft gehalten worden wäre. Und das war der einzige Belastungszeuge! Man muß sich wirklich fragen, wie es möglich war, auf dieses „Beweismaterial" hin sechs Familienväter elf Wochen in Untersuchungshaft zu behalten! — Trotz dieser glänzenden Rehabilitirung der Verhafteten ist hundert gegen eins zu

wetten, daß sie für die klerikalen Blätter, die die Verleumdung begierig aufnahmen, nicht existieren wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Dienstbotenmißhandlung im Pfarrhause. Ein Fall roher Dienstbotenmißhandlung trug sich im Februar 1912 im Pfarrhause zu Wolfsgefährt, einem weimarischen Städtchen, zu. Dort war ein 16jähriges Mädchen aus Gera in Stellung. Frühmorgens mußte sie in einem Marmeladeneimer Waschwasser vor das eheliche Schlafgemach stellen. Am Morgen des 21. Februar sagte der Diener der christlichen Nächstenliebe zu dem Dienstmädchen: „Wenn Du mir noch einmal so dreckiges Wasser bringst, schmeiße ich es Dir an den Kopf mitsamt dem Eimer." Das Mädchen war kaum die Treppe hinab, als ihr auch schon der Eimer an den Hinterkopf flog. Das Mädchen trug eine apfelgroße Beule davon. Noch nach Wochen hatte sie Nasenbluten und Kopfschmerzen. Damit sie ihren Eltern nichts verriet, gab ihr der Pfarrer 1 Mk. Schmerzensgeld und eine Apfelsine. Der Vater erfuhr aber doch von der Mißhandlung und stellte Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft lehnte eine öffentliche Klage ab, weil dem Pfarrer nicht nachzuweisen sei, daß er den Eimer absichtlich nach dem Mädchen geworfen habe, es könne also nicht behauptet werden, daß die Körperverletzung vorsätzlich begangen sei! Nach langem zähen Kampfe des Vaters kam nun aber doch noch ein Privatklageverfahren zustande, in dem endlich am 6. September 1913 vor dem Schöffengericht Weida Verhandlung stattfand. Der eimerwerfende Pfarrer wurde mit unglaublicher Milde behandelt, er erhielt 15 Mk. Geldstrafe. Der Verteidiger des Mädchens dagegen, Rechtsanwalt Kormann aus Gera, erhielt wegen „Ungebühr" vor Gericht 50 Mk. Geldstrafe. Daß solche Urteile das Ansehen des Gerichts schwerlich heben, braucht wohl nicht noch besonders hervorgehoben zu werden.

Der Prozeß gegen Hauptmann Sanchez. Das Kriegsgericht in Madrid, das die Verhandlung gegen den Hauptmann Sanchez führte, hat Freitag seine Beratungen beendet. Sein Urteilsspruch bleibt geheim; er wird dem obersten Kriegsgericht unterbreitet werden. Der allgemeine Eindruck ist, daß Sanchez zum Tode und seine Tochter zu einigen Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist.

Aus Nah und Fern.

Polizeispitzel in polnischen Druckereien. Wir haben seinerzeit berichtet, daß die politische Polizei die Überwachung der polnischen Tätigkeit in dem Kohlenrevier des Westens so intensiv betreibt, daß sie selbst Spitzel in der Druckerei des in Bochum erscheinenden Blattes „Wiarus polski" hält. Der Schriftsetzer Kubiak wurde als Zuträger der Polizei entlarvt. Er hatte Berichte und verschiedenes Material über die polnische Bewegung, das in der Druckerei durch seine Hände ging, der Polizei ausgeliefert. Wie unser Bochumer Parteiblatt mitteilen kann, ist dieser Kubiak nicht der einzige Spitzel, den sich die Polizei in der polnischen Druckerei hält. Aus einem Brief des Kubiak geht hervor, daß der Druckereifaktor des polnischen Blattes, Hertig, der Polizei gleichfalls Spitzeldienste leistet. Die beiden, Kubiak und Hertig, arbeiteten Hand in Hand und sind sich anscheinend über die Verteilung der Beute in die Haare geraten, weshalb sie nun gegenseitig ihre Spitzeltätigkeit verraten. Der Besitzer des polnischen Blattes, der Abg. Brejski, versichert, er habe noch weiteres Material über die polizeiliche Überwachung der polnischen Bewegung, das er seinerzeit zu veröffentlichen gedenkt. Daß diese Art Germanisierungsarbeit der preußischen Polizei Wasser auf die Mühle der Nationalpolen ist, braucht nicht erst versichert zu werden.

Ein Schurkenstreich. Oberhalb des rheinischen Ortes Ahlenberg fand man mitten auf der Landstraße hinter einer Kurve an einer stark abschüssigen Stelle eine mit den Zähnen aufwärts gerichtete Egge. An den Seiten waren Stroh- und Heuhaufen aufgeschichtet. Ein Arbeiter fuhr in der Dämmerung auf seinem Rade in die Egge hinein und verletzte sich sehr schwer. Kurze Zeit darauf hätte ein Automobil die Unglücksstelle passieren sollen. Die Schuldigen sind bisher noch nicht ermittelt worden.

Schwere Strafen. Die Inhaber einer Kölner Sprithandlung, drei Gebrüder Schwartz, sind wegen Spritschmuggels aus der Schweiz von der Strafkammer in Offenburg und dem Gericht in Bern zu insgesamt über drei Millionen Mark Geldstrafe und einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Ein Liebesdrama. In einem Wäldchen in der nächsten Umgebung von Kopenhagen wurden Freitag mittag die Leichen eines Mannes und einer Frau mit Schußwunden aufgefunden. Das Paar hat sich zehn Tage lang in dem Missionshotel in der Helgolandsgade aufgehalten und sich als Herr und Frau Kontorist Lange aus Hamburg in das Fremdenbuch eingeschrieben.

Tod eines berühmten Zuchthäuslers. Im Alter von 90 Jahren ist im Zuchthaus von Soriano (Provinz Rom) ein gewisser Del Prete gestorben, der früher in Italien eine gewisse Berühmtheit erlangt hatte. Del Prete hatte nämlich unter Garibaldi gedient und war seinerzeit mit ihm in Neapel eingezogen, wo er ihm als Führer zur Seite stand. Wegen eines Totschlags wurde er dann nach der Insel Pantelleria deportiert, wo er nach 12 Jahren entfloh. Nach längerer Zeit suchte ein Polizist ihn zu verhaften und schlug ihn dabei mit dem Säbel auf den Kopf; Del Petre griff zum Revolver und schoß seinen Agreifer tot. Die Strafe lautete auf lebenslängliches Zuchthaus, und man hat wirklich den alten Mann bis zu seinem 90. Jahre in seiner Zuchthäuslerzelle gehalten. Das Freilassen der alten Zuchthäusler, die gar keine Verwandten mehr haben, läuft freilich sehr oft auf eine Grausamkeit hinaus; aber in diesem Falle, wo es sich um einen Menschen handelte, der aus dem Veteranenfonds unterstützt werden mußte, hätte man es dem Greise wohl gönnen können, nicht hinter vergitterten Fenstern zu sterben.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die vielseitige Verwendung

von Kreuzstern **MAGGIs Würze** mit dem Kreuzstern

ist mancher Hausfrau noch unbekannt. Nicht nur Suppen und schwacher Bouillon, sondern auch **Saucen, Gemüsen, Salaten** usw. verleiht ein kleiner Zusatz unvergleichlich **feinen, kräftigen** Wohlgeschmack. Verwendungsanleitung befindet sich bei jedem Originalfläschchen.

Man verlange ausdrücklich **MAGGIs Würze.**

(6998)

„MAGGIs gute, sparsame Küche".

Verkauf lebender Butt
am **Montag, dem 22. September**
vormittags von 8 Uhr ab an der
Holstenbrücke, Cutiner Brücke und Hüxtertorbrücke. 7015

Marie Steffen
Hermann Wolff
Verlobte. (7038
Lübeck, den 21. September 1913.

Unserm Vater **Hinrich Beiß** zu seinem 50. Wiegenfeste ein tausendfach donnerndes Hoch. Ob sich wohl in der Klappenstraße etwas rühren wird? (7023

Durch Unglücksfall starb unser lieber Sohn (7054

Heinrich

im 17. Lebensjahre. Tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern.

Gottlieb Liebschwager u. Frau
geb. Diezuhn.
Lübeck, den 19. Sept. 1913.
Dankwartsgrube 6.
Die Trauerfeier findet am Dienstag, d. 23. Sept., nachmittags 3¾ Uhr, in der Kapelle Vorwerk statt.

Sozialdemokratischer Verein für Stockelsdorf und Umgeg.

Nachruf.

Am Donnerstag, d. 18. September, starb unser treues Mitglied, der Schlachter (7020

Paul Schnoor

im 64. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, dem 23. September, nachmittags 2½ Uhr statt.
Die Mitglieder versammeln sich 1¾ Uhr im Vereinslokal (L. Paetau in Fackenburg). Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Ein junger Mann sucht Stellung als Hausknecht oder bei einem Landmann. Angeb. unter **P P** an die Exped. d. Bl. (7007

Zum 1. Okt. **2 Zimm. u. Küche** f. Frau od. jg. Mädch., monatl. 10 M. 7037) Rosenstr. 2, pt. l.

Leeres Zimmer m. Kabinett und Keller für einz. Frau od. Mädchen zu vermieten. (7027
Näh. Geverdesstr. 56, pt.

Gesucht zum 1. Januar 1914 eine **2- od. 3-Zimm.-Wohn.** vor dem Holstentor. Ang. mit Preis unter **M D** an die Exp. d. Bl. (7003

Ein Sportwagen
billig zu verkaufen. (7031
Birkenstr. 1, pt. (Burgtor).

Plüsch-Garnitur
(rot, 1 Sofa, 2 Sessel) billig zu verkaufen. (7064) Dorotheenstr. 4, pt.

Haus m. br. Einf., gr. Hofpl., 5 Wohn. usw., i. d. Stadt, pass. f. Fuhrl., Handelsm. Handw., z. verk. f. d. billigen Preis von 14 500 Mk. (7016
Wegen Fortz. Haus Stadt, 2 kl. Wohn., Pr. 4800 Mk., Anz. 300 Mk.
Johs. Fischborn, Hüxstr. 30, pt.

Zu verkaufen ein **Kleiderschrank und eine Kommode.** (7067
Buseliststr. 7a.

Zuschlafige Bettstelle
mit Sprungfedermatratze zu verk. 7035) Krähenstr. 22/6.

Einfüriger Kleiderschrank
zu verkaufen.
7040) Wiesenweg 4.

Gute Bettstücke, 1 große Badewanne, 1 echter Pelzboa, 2 Stühle, 1 Kohlenplätteisen billig zu verk. 7046) Dornestraße 40, part.

Zu verk. Gartenbank, 5 Mk., Hängelampe, 3 Mk., große u. kleine Kisten, Bettschirm, 2 alte Türen. 7042) Krähenstraße 7, pt.

Eine größere **Kinder-Trallenbettstelle** und ein junger **Hahn** zu verkaufen. (7006) Marlistraße 31.

Ein fast neuer **Gehrock,** evtl. auch **Hose** und **Weste** für mittlere Figur zu verkaufen.
7005) Wickedestraße 31, I.

Edison-Phonograph-Walzen
Stück 30 Pfg., zu verkaufen.
7004) Blücherstraße 44, I.

Zusammenlegb. Sportwagen
billig zu verkaufen.
7029) Yorkstraße 20, Hinterh., part.

Ein guterhaltenes Fahrrad billig zu verkauf. Friedenstr. 70, II. (7024

Zirka 14□-Ruten **Runkelrüben** zu verkaufen, nach 6 Uhr.
7032) Grüner Weg 14 b.

Überzieher f. 12-13jähr. Knaben
zu verkaufen.
7008) Hansastraße 67, II.

Belgische Riesen-, Russen-, Holländer-, Hermelin-Kaninchen und Meerschweinchen zu verkaufen.
7041) Weberstraße 19, I.

Neuer Jackettanz., Uniformrock (162er), Regenrock, Paletots, Blockwagen, gr. Fenster.
7034) **Königstraße 33, ptr., Fl.**

Engl. Hasenkaninchen
billig zu verkaufen.
7047) Weiter Lohberg 13/15.

Jg. belgische Kaninchen
zu verkaufen.
7036) Schützenstraße 51 a. I.

Kürbisse
Pfd. 5 Pfg., hat zu verk. (7033
Konrad, Schwartau, Kaltenhof 14.

Klein und doch **groß.**

7062

Beweis:
Die Preise in unseren Fenstern.

Kostüme! Kostüme!

„Lore"	engl. Geschmack auf Serge . .	12.75
„Dora"	engl. Geschmack auf halbs. Serge	17.50
„Anna"	engl. Geschmack auf halbs. Serge	21.50
„Käthe"	blau Kammgarn-Cheviot auf halbseiden Serge	25.50
„Marie"	blau Kammgarn-Cheviot auf halbseiden Serge	27.50
„Martha"	blau Cotelé auf halbseiden Serge	29.00
„Grete"	blau Kammgarn-Cheviot auf halbseiden Serge	35.00
„Lotte"	engl. Geschmack auf halbseiden Serge	45.00
„Frieda"	Noppé, Stolaform auf halbseiden Serge	49.00

Farbige Paletots

in englischem Geschmack kauften wir unter Preis:

Serie I: 13²⁵ Serie II: 15⁷⁵

Hindrichs & Co.

Lübeck, Johannisstr. 1 (früher Kommerzbank).

Verschiedene Rasse-Tauben
billig zu verkaufen. Adlerstr. 43.

Hühner und Hühnerstall
zu verkaufen. (7030
Näheres Travelmannstr. 49, I. links.

1 Satz schöne Ferkel
hat abzugeben (7010
H. Klemm, Fackenburg.

Kl. Haus zum Alleinbewohnen zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis unter **R L** an die Exp. d. Bl. (7012

Zu kaufen gesucht kleine gebrauchte **Hobelbank.** Angebote m. Preisangabe unter **B 4** an die Exp. ds. Blattes. 7039

Friseur- und Rasier-Salon.
Aufmerksame Bedienung.
G. Koch, Friseur, Mühlenstr. 14.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:
Johannisstraße 46.

Plakate
betr.
Verordnung des Medizinalamts vom 11. Juli 1910 bezügl. Feilhalten von Nahrungs- und Genußmitteln
sind zum Preise von 30 Pfg. per Stück zu haben in der
Buchdruckerei d. Lüb. Volksb.

Waisenhaus.

Die **jährliche Haussammlung** für das **Waisenhaus** beginnt Anfang September und wird durch die Boten **J. Buseliist** und **L. Lankow,** welche Ausweiskarten bei sich führen, wahrgenommen.

Seit seinem **350jährigen Bestehen** ist das Waisenhaus durch **freiwillige Gaben** erhalten worden. Wir bitten daher, auch diesmal unserer Anstalt freundlichst eingedenk sein zu wollen.

Jede Gabe wird dankbar entgegengenommen, da das **Waisenhaus stets auf die Mildtätigkeit angewiesen ist.** Dies gilt umsomehr, als die wachsenden, zum Unterhalte notwendigen Ausgaben schon seit einiger Zeit nicht mehr durch die regelmäßigen Einnahmen gedeckt werden können.

Lübeck, September 1913.
Die Vorsteherschaft des Waisenhauses.
6495)

Spitzenwäsche

Stickereien, Gardinen, Waschseide sowie alle zarten Stoffe, die keine rauhe Behandlung beim Waschen vertragen, werden vollkommen rein, blendend weiss und wie neu durch

Persil das selbsttätige Waschmittel

wäscht von selbst, ohne Reiben und Bürsten, daher **grösste Schonung des Gewebes.** Bester Ersatz für Rasenbleiche.

Ueberall erhältlich, niemals lose, nur in Original-Paketen.

HENKEL & Co., DÜSSELDORF. Auch Fabrikanten der allbeliebten **Henkel's Bleich-Soda.**

5700

Papierwaren. Otto Essmann Schulutensilien.

7061 **Lübeck,** Tünkenhagen 11.

Anfertigung von **Schreibmaschinenarbeiten und Vervielfältigungen** zu den billigsten Preisen, in sauberster Ausführung:

Vereinsnachrichten, Zirkulare, Hochzeitszeitungen, Zeugnisabschriften usw.

Der

Neue-Welt-Kalender

für 1914

ist jetzt erschienen und seines reichhaltigen Inhalts wegen jedem unserer Leser zu empfehlen.

Preis 40 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 46.

Unsere Kolporteure führen diese Kalender bei sich und können von ihnen bezogen werden.

Abhanden gekommen ein schwarzer **Pudel.** Dem Wiederbringer gute Belohn. Vor Ankauf wird gewarnt. 7013) Schwartau, Schillerstr. 11

Entflogen zwei Tauben (Koburg. Lerchen) gelbe Brust. Abzug. geg. Belohng. 7026) Adlerstraße 43.

Älterer Herr erteilt gründlichen

Klavierunterricht auch Erwachsenen

d. Std. 60 Pf. Wandsbeker Chaussee 87, I. (7069

Unterricht im Schnitzzeichnen u. Zuschneiden. Kursus 15 Mark. (7028

Frau **Groth,** Westhofstr. 38 I.

Heute grüne

Zwetschen

10 Pfund **80** Pfg.,

Birnen zum Einkochen, 10 Pfd. **1.25** Mk.

empfiehlt 6068

Wilh. Süfke, Warendorpstr. 25.

Hansa-Halle

Morgen Sonntag: **Gr. Tanzkränzchen.**

Eintritt frei. (7056) **Johs. Rieck.**

Zentral-Hallen

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.

Wilhelm-Theater.

113) Jeden Sonntag:

Große Ballmusik.

Weisser Engel

Jeden Sonntag:

Tanzkränzchen.

114) **Bernh. Boldt.**

Einsegel

Jeden Sonntag: (3382

Tanzkränzchen

Carl Köpcke.

Neu-Lauerhof.

Jeden Sonntag **Tanzkränzchen.**

3218) **August Busch.**

Friedrich-Franz-Halle.

Morgen Sonntag:

Gr. Tanzkränzchen

Eintritt frei.

7058) Endstation Krankenhaus.

Anfang 4 Uhr. **L. Stamer.**

Kaffeehaus Moisling

Sonntag: (7025

Fr. Tanzkränzchen.

Wakenitz-Bellevue

Ab Sonntag, den 21. September:

Jeden Sonntag

Freies Tanzkränzchen.

7059) **H. Fürböter.**

Zum Erntebier

am Sonntag, 21. September

ladet freundlichst ein (7060

Wilh. Meyer, Krempelsdorf.

Achtung!

Deutscher

Bauarbeiter-Verbd.

Zahlstelle Schlutup.

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, d. 23. Sept.

abends 7 Uhr

bei Saisrowski, Gasthof z. Linde.

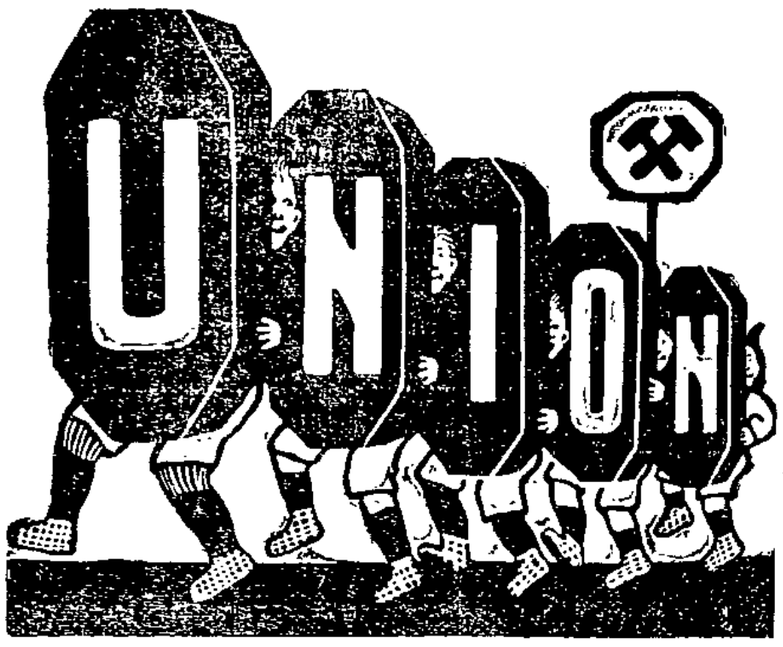
Tagesordnung:

1. Wollen wir die Arbeitslosen-Unterstützung einführen?
   Referent: Kollege **Hugo Zaber.**
2. Die Arbeiten auf dem Hochofenwerk.

Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig. (7055

Der Zweigvereinsvorstand.

NB. Die Kollegen, welche auf dem Hochofenwerk arbeiten, werden hiermit ganz besonders eingeladen.



Halloh!

Das ist das Brennmaterial, welches billiger und besser ist als Steinkohle.

Union-Brikets!

6997 Erhältlich in den Kohlenhandlungen!

Adlershorst. (101)

Jeden Sonntag: **Tanzkränzchen**

Friedrichshof.

Jeden Sonntag: (624) **Tanzkränzchen.**

Konzerthaus Fünfhausen.

Morgen Sonntag: **Gross. Tanzkränzchen.**

Dienstag: **Tanzkränzchen.** (7050

Waisen-Hof

Sonntag:

Gr. Tanzmusik

(816) **Gust. Gipp.**

Konzerthaus „Flora".

7057) **Morgen Sonntag:**

Grosses Tanzkränzchen.

Anfang 4 Uhr. Eintritt frei. Ende 2 Uhr.

Max Siems.

Arbeiter-Turnverein Lübeck.

Einladung zum 20. Stiftungsfest.

BALL verbund. mit turnerisch. Aufführungen

am Sonntag, dem 21. September 1913

im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50—52.

Anfang 5 Uhr. **Eintritt 50 Pfg.** **Ende 2 Uhr.**

Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe. **Das Komitee.**

NB. Die Aufführungen finden von 6—8 Uhr statt. (6833

Waldschlösschen, Bad Schwartau.

Sonntag, den 21. September, nachm. 3 Uhr:

Grosses Garten-Konzert.

Abends ab 7 Uhr im Saal: **Musikalische Unterhaltung.**

Eintritt frei. (7060) Eintritt frei.

Lichtspiele—Schwartau.

Von Freitag, den 19. bis Sonntag, den 21. September

einschließlich **„Asta Nielsen"** in

„Das Mädchen ohne Vaterland".

Ferner:

„Du sollst Vater und Mutter ehren".

Eine Erzählung aus Stadt und Land. 7011

Restaurant zum Landhaus

Schönböcken.

Erntebier

am Sonntag, dem 21. September.

Hierzu ladet freundlichst ein

7063) **Heinr. Grabner.**

Zentralverband d. Steinsetzer u. Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Lübeck.

Einladung zum

BALL

am Sonntag, 28. Sept.

im Gewerkschaftshaus

Johannisstraße 50-52.

Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.

Eintritt für Herren 50 Pfennig, eine Dame frei.

Einzelne Dame 20 Pfennig, wofür Garderobe.

Hierzu ladet freundlichst ein

7022) **Das Komitee.**

Sonnabend, 20. Sept., 8½ Uhr:

Gr. Vortrags- und Unterhaltungs-Abend

im Konzerthaus Fünfhausen.

Lichtbilder aus Wilh. Busch.

Plattd. Rezitation v. Helene Savony, ehem. Schauspielerin erster Bühnen.

Zithervirtuos Paul Schürer als Gast, Inhaber des Künstlerpatentes v. Kons. in Dresden. I. Pl. 60 ₰, II. Pl. 40 ₰.

7001

Konzerthaus

Zauberflöte.

Täglich großes Konzert.

Erstklassige humoristische Klown-Kapelle

Charly Petrelly

„Die fidelen Leipziger"

genannt

„Die 7 Blödsinnigen".

Eintritt frei.

Anfang 7½ Uhr.

Sonntags Anfang 4 Uhr.

Infolge der hohen Gage für diese erstklassige Konzerttruppe ist der Eintrittspreis für Sonnabends und Sonntags auf 20 Pfg. a Person festgesetzt.

7049) **Ludwig Kock.**

Neues Stadttheater.

Sonnabend, den 20. September:

4. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Sonnb.-A.

Anfang 7½ Uhr. Ende 11¼ Uhr.

Faust

von Goethe.

Mittelpreise.

Sonntag, den 21. September:

5. Vorstellung im Voll-Abonn.

Anfang 7½ Uhr. Ende nach 10 Uhr

Neuheit! Neuheit!

Hoheit tanzt Walzer.

Operette von Leo Ascher.

Große Preise.

Montag, den 22. September:

6. V. i. Voll-Ab. 1. V. i. Mont.-Ab.

Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Kammermusik.

Lustspiel von Ilgenstein.

Mittelpreise. (7009

In dieser Spielzeit können die Plätze zum III. Rang **auch für Sonntag** vorbestellt werden.

2. Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 221. Sonnabend, den 20. September 1913. 20. Jahrg.

Sozialdemokratischer Parteitag zu Jena.

C. B. Jena, 18. Sept. 1913.

Vierter Verhandlungstag.

Nachmittagssitzung.

Ebert führt den Vorsitz.

Ein Antrag Rosenfeld, den Fall Radek samt allem dazugehörigen Material der Beschwerdekommission zu überweisen, wird auf Vorschlag von Ebert zurückgestellt.

Der Parteitag wendet sich der Steuerfrage zu.

Die Leitsätze und die Resolution des Referenten sind schon vor Wochen bekanntgegeben, ebenso die Anträge der Organisationen auf Billigung oder Mißbilligung der Fraktion. Neu eingegangen ist der folgende Antrag 114:

Resolution zu Punkt 6 der Tagesordnung.

Alle öffentlichen Steuern im heutigen Klassenstaate, ob formell auf den Besitz oder auf den Arbeitsverdienst gelegt, ob als sogenannte direkte oder als indirekte Steuern erhoben, werden in letzter Linie von den arbeitenden Klassen aufgebracht, da diese es sind, die in der heutigen Gesellschaft allen gesellschaftlichen Reichtum schaffen.

Wie immer das Steuerwesen heute ausgestaltet ist, auch in dem für die Arbeiterklasse günstigsten Falle, wenn die Besitzsteuern den überwiegenden Teil der Staatshaushaltskosten decken, ändert das nichts an den Grundlagen der kapitalistischen Produktion, die auf Ausbeutung und Klassenherrschaft beruht.

Die Abwälzung des größten Teiles der öffentlichen Lasten auf die Schultern der arbeitenden Klassen durch das System der indirekten oder Verbrauchssteuern ist aber eins der wirksamsten Mittel der herrschenden Klassen, um die Lebenshaltung der Arbeiterschaft herabzudrücken und ihren sozialen und geistigen Aufstieg zu hemmen.

Der Parteitag fordert deshalb gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms: „Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögenssteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht; Erbschaftssteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgutes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern."

Ferner erklärt der Parteitag:

Der Militarismus ist als das stärkste Machtmittel der herrschenden Klassen auf das äußerste zu bekämpfen.

Alle Gesetzesvorlagen, die zur Stärkung des Militarismus dem Reichstage vorgelegt werden, also auch Steuervorlagen, die zur Deckung der Kosten des Militarismus eingebracht werden, sind, ob sie direkte oder indirekte Steuern fordern, abzulehnen.

Für sonstige Steuervorlagen ist die Stellung der sozialdemokratischen Fraktion durch Punkt 10 des Parteiprogramms vorgeschrieben: bestehende indirekte Steuern und

Weyer. Stadthagen. Crispien. O. Rühle. Ledebour. R. Luxemburg. Cl. Zetkin. Westmeyer. Kleinspehn. Bihlmaier. Westkamp. E. Müller. P. Berten. Krüger (Leipzig). Aug. Böhle. Herm. Müller. Friedr. John. Auguste Hennig. Karl Leich. Möller. Grenz. Wittig. Baudert. Fr. Klingler. Wilh. Apel. Kunert. Zentgraf. Rich. Meier. Raute. Käppler. Jaffke. Arendsee. A. Hoffmann. P. Hoffmann. K. Klingler. G. Davidsohn. P. Reißhaus. Vogtherr. Magn. Gebhardt. Chr. Gutekunst. Stolle. Heinrich Knauf. H. Linde. Donalies. W. Ziegler. Hartung. H. Schulz. Matuszewsky. Peter Sellin. Gottschalk. Aug. Beck. Engelhardt. Fr. Sterzel. Leuthold. Franz Hermann. Herzfeld. P. Brühl. Ostkamp. H. Lippmann. Fiedler. Aug. Horn. Horn (Sachsen). Hammer. Wicky. Arthur Lindner. Aug. Kühn. E. Speide. Wilh. Göst. Büchner. Schmidt. Ad. Riesberg. L. Sperling. A. Leopoldt. A. Albrecht. M. Albrecht. K. Reiwand. Pollender. G. [illegible] Giermann. Plorin. Ryssel.

Referent Em. Wurm: Der Parteitag zu Leipzig und ebenso der vorjährige Parteitag zu Chemnitz haben die Steuerfrage auf unsere Tagesordnung gesetzt. Hoffentlich gelangen wir heute zu einer Klärung der Frage; denn vor Bewilligung oder Ablehnung neuer Steuern werden wir noch oft stehen. Theoretisch ist unsere Entscheidung noch wenig vorgearbeitet. Unser Programm in der Steuerfrage ist nur eine bescheidene Erweiterung der Lehre, die Ferdinand Lassalle 1862 entwickelt hat. Kautsky in der „Agrarfrage" und Dr. Renner in seinen Steuerbroschüren haben einige theoretische Grundbewegungen vorgenommen, aber erstere ist ziemlich unbekannt geblieben, und mit den Resultaten des letzteren können wir schwerlich ganz einverstanden sein. Daß wir auf diesem Gebiete bisher theoretisch noch so unfruchtbar waren, hat in den Verhältnissen seinen guten Grund; es gab nämlich im Reichstag bis vor kurzem keinen Kampf zwischen beweglichem (mobilem) und festem (immobilem) Kapital, zwischen Industriekapital und Grundbesitz. Erst seitdem die Sozialdemokratie zur ausschlaggebenden Macht heranwuchs, brach dieser Gegensatz aus, muß nun immer schärfer werden und uns vor immer neue Entscheidungen stellen. Die Grunderkenntnis aller Steuerpolitik im Staate ist die Tatsache, daß der politische Mächtige die Lasten dem politisch Schwächeren auferlegt. In der modernen Wirtschaftsweise kann die Steuer genommen werden entweder vom Konsumtionsfonds oder vom Akkumulationsfonds, entweder von den Summen, die Arbeiter oder Kapitalist zum Ausbau seines Betriebes, zur Vergrößerung seines Reichtums dienen. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist bekanntlich eine Voraussetzung des Aufsteigens der Arbeiterklasse zu höheren Gesellschaftsformen. Es ist deshalb nicht möglich, den Akkumulationsfonds einfach wegzusteuern; die Person des Kapitalisten ist schon längst überflüssig geworden, wie Staatsunternehmungen und Aktiengesellschaften beweisen, aber der Akkumulationsfonds wird auch in einer sozialistischen Gesellschaft nicht beseitigt werden können, wie auch heute schon der Kapitalist nicht mehr unumschränkter Herr seines Mehrwertes ist. Welche praktische Bedeutung dieser Erwägung zukommt, werden wir später sehen. Die Sozialdemokratie fordert Verteilung der Steuern nach Gerechtigkeit, nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Das bedeutet, daß sie in erster Linie den Reichtum treffen will. Nun sagt allerdings Resolution 114, es sei eigentlich alles ganz gleich: der Arbeiter erzeuge doch allen Reichtum und trage deshalb letzten Endes doch alle Steuern. Wenn damit nur die alte Wahrheit verkündet werden soll, daß die Arbeit die Quelle allen gesellschaftlichen Reichtums ist, so wird niemand dem widersprechen. Aber was hat das mit Steuertheorie zu tun? Erst nach der Teilung des gesellschaftlich erzeugten Arbeitsproduktes in Lohn und Mehrwert kommt ja die Steuer. Und da sollte es gleich sein, woher dann die Steuer genommen wird. Wäre das wahr, dann brauchten wir keinen Reichstag mehr, dann könnten wir diesen Parteitag schließen, dann brauchten wir auch keinen Wahlrechtsstreik in Preußen mehr. (Lebh. Zustimmung.) Wenn der Arbeiter so am Boden liegt, daß ihm der Unternehmer durch wirtschaftliche Uebermacht alles wieder abnehmen kann, was wir ihm politisch erobern, was hat dann der Arbeiterschutz für Sinn, was hat dann unsere ganze Reformarbeit für Sinn? (Stürmischer Beifall.) Was sollen wir dann überhaupt noch? Dann können wir höchstens warten, bis wieder einmal der Zar nach Berlin kommt und schreien — vielleicht hilft das den Arbeitern. (Heiterkeit.) Wer so denkt, ist kein Sozialdemokrat. Wie Steuern zwischen Profit und Lohn abgewälzt und verteilt werden, das ist abhängig von allen politischen und wirtschaftlichen Faktoren, das Resultat oft sehr heftiger Kämpfe. In diesen ist natürlich die Tendenz des Kapitals, den Mehrwert ins Riesenhafte zu erhöhen und den Arbeitern womöglich gar nichts zu geben. Das liegt im Wesen aller Kapitalswirtschaft, das kennen wir aus der Geschichte des Kapitals. Aber gegen diese Ausbeutungstendenz des Kapitals erhebt sich die Gegentendenz der Sozialdemokratie, der organisierte Widerstand der Arbeiterklasse. Und wer uns trotzdem erzählen will, daß der Arbeiter alle Steuern zu tragen hätte, der proklamiert einfach den Bankrott unserer Partei und unserer Politik. (Stürmische Zustimmung und Widerspruch.) Ich will Ihnen einen klassischen Zeugen anführen; er schreibt: „Das Schröpfen der Arbeiterklasse durch den Mechanismus der indirekten Besteuerung läuft einfach darauf hinaus, daß ein Teil und zwar der konsumierte Teil des Mehrwerts vergrößert wird, nur daß sich diese Vergrößerung nach vollzogener Teilung zwischen Kapital und Arbeit vollzieht." (Hört, hört!) Das steht in dem Buche: Die Akkumulation des Kapitals von Rosa Luxemburg und jetzt steht der Name Rosa Luxemburg unter der Resolution 114. (Große Heiterkeit.) Genossin Zetkin hat uns einen Artikel von Karl Marx entgegengehalten, der aus der Rheinischen Zeitung von 1849 stammt. (Zuruf: Das ist lange her!) Es heißt darin, die Steuerreform sei das Steckenpferd aller Bougeoisreformer — die Lage der Arbeiter werde durch jede neue Steuer herabgedrückt. Vergessen hat Genossin Zetkin, daß Marx fortfährt: Uebrigens hat die Steuer auf das Kapital als einzige Steuer ihre Vorzüge; sie ist technisch am wenigsten störend und trifft von allen Steuern allein das Luxuskapital. So ganz gleich war also Marx die Steuerfrage auch nicht. Aber vor allem richtet sich der zitierte Artikel gegen einen bürgerlichen Sozialisten, der alles Elend der Arbeiter von den Steuern herleiten wollte. Demgegenüber betonte Marx, daß keine Steuerreform etwas an der Tatsache ändert, daß der Arbeiter ausgebeutet wird. Das ist für jeden Sozialdemokraten selbverständlich. (Sehr wahr!) Die Theorie, daß doch alles gleich sei, ist eigentlich eine alte Bourgeoistheorie. Ricardo hat sie in der Form vertreten, daß er meinte, man könne ruhig indirekte Steuern einführen, [illegible] des Kapitalfonds. Aber es ist ein großer Unterschied, ob man um diese Abwälzung erst kämpfen muß, oder ob man davon schon frei ist und den Kampf führen kann für weitere neue Fortschritte. (Sehr gut!) Wenn uns also nicht alle Steuern gleichgültig sind, so müssen wir uns die einzelnen Steuern ansehen. Nicht entscheidend ist die Unterscheidung zwischen direkten und indirekten Steuern. Diese Unterscheidung trifft nur die äußere Form. Die richtige Unterscheidung ist die, ob die Steuern vom Mehrwert kommen und die Produktion nicht hindern oder doch. In diesem Sinne sind die besten Steuern Einkommen- und Vermögenssteuern, stark progressiv und mit hohem Existenzminimum. Daran fehlt es noch sehr. In Rudolstadt gibt es überhaupt noch keins, in Mecklenburg ist es 200 Mark, in den besten Fällen 800 Mark. Dabei hat die preußische Regierung schon 1881 die Steuerfreiheitsgrenze auf 1200 Mark erhöhen wollen und 1500 Mark sind steuerfrei im Lohnbeschlagnahmegesetz. Aber selbst bei viel gerechterer Veranlagung, die Sache des Reiches sein sollte, würden Einkommens- und Vermögenssteuern nicht ausreichen. Darum brauchen wir als Ergänzungs- und Kontrollsteuer die Erbschaftssteuer. Auch die Vermögenszuwachssteuer ist nicht unbedingt zu verwerfen. Der Finanzminister Franke hat diese Steuer zwar als eine Prämie auf Verschwendung und Leichtsinn bezeichnet. Aber ob eine Vermögenssteuer gut oder schlecht ist, ist mehr Sache der Bourgeoisie als unsere; uns kommt es nur darauf an, daß es eine Vermögenssteuer ist. Zweifelhaft ist der Wert der Wertzuwachssteuer. 86 deutsche Banken umfassen gegenwärtig 13 Milliarden Kapital, davon 8 deutsche Großbanken über die Hälfte; diese stehen hinter der Bodenspekulation, verschaffen ihr Monopole und ermöglichen die Abwälzung der Last auf die Mieter. Aber das ist total verschieden; ob es so ist, wie ich oben als möglich darstelle, ist in jedem Falle genau zu untersuchen; es gibt für Steuerfragen in Reich, Staat und Gemeinden keine schematische Regelsteuern, man muß den eigenen Verstand auch zu Hilfe nehmen. (Sehr wahr!) Redner empfiehlt die Grundsteuer, die Lassalle noch lebhaft bekämpft hat. Lassalle hatte zu seiner Zeit recht, aber heute kann der Grundbesitzer wegen einer Aenderung der Grundbesteureung nicht den Getreidepreis verändern, der sowieso auf der Höhe von Weltmarktpreis plus Zoll steht. Ein weiterer Punkt, der zu beachten ist: nicht jede Steuer, deren Einführung die Konsumenten belastet, entlastet die Konsumenten, wenn sie aufgehoben wird. Sozialpolitik und Wohnungspolitik läßt sich durch Steuern nicht treiben. Auch die Sondergewerbesteuern versagen, wie die Warenhaussteuer gezeigt hat. Einmütig und geschlossen sind wir in der Ablehnung aller Verbrauchsabgaben, über deren volksschädigende Wirkung noch lange nicht genug Aufklärung verbreitet ist. Ein Irrtum ist es, daß wirtschaftlich und finanztechnisch indirekte Steuern nicht mehr möglich gewesen wären. Vergessen wir doch nicht, daß die Steuern auf Alkohol und Tabak in manchen anderen Ländern wesentlich höher sind als bei uns. Neue indirekte Steuern waren nur deshalb nicht möglich, weil der Widerstand der Arbeiterklasse zu groß geworden war. In der liebenswürdigen Kritik meiner Leitsätze hat zwar ein Parteiblatt gemeint, es sei ein Armutszeugnis für einen ernsthaften Politiker, wenn er glaube, daß die Steuern abhingen von der politischen Macht. (Große Heiterkeit.) Aber ich tröste mich mit Lassalle, der das auch geglaubt hat. Mit Luxussteuern werden wir uns nach wie vor nicht befreunden können. Entweder sie bringen nichts, oder sie schädigen Arbeiter als Produzenten, oder sie rufen Repressalien des Auslandes hervor. Endlich sind Staatsmonopole unbedingt zu bekämpfen, wenn sie nur verkleidete Verbrauchsabgaben sind. Neben diese wirtschaftlichen Erwägungen treten nun die politischen. Was wir prinzipiell fordern müssen, ist klar. Wir haben da unser Programm und die Bremer Resolution über Gemeindepolitik nur zu bestätigen. Dabei möchte ich bemerken, daß man sich über den Gemeindesozialismus keinen Illusionen hingeben soll. Die Gemeinde bleibt ein abhängiges Glied des Staatsorganismus, und auch in ihrer Steuerpolitik ist sie diesem abhängig. Aber wir haben nicht nur zu sagen, was wir fordern, sondern auch Stellung zu nehmen zu dem, was wir erreichen können. Damit komme ich zu dem Teil der Resolution, den man mit allen Tadelsworten kritisiert hat, von schwammig und verschwommen angefangen bis zu „revisionistisch". (Heiterkeit.) Trotzdem muß ich an dem Unterschied zwischen dem Geforderten und dem Erreichbaren festhalten. Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raume stoßen sich die Dinge, da herrscht der Streit und nur die Stärke siegt. Unsere Stärke ist leider noch begrenzt; gegen eine einheitliche Kapitalistenklasse würden wir überhaupt nichts erreichen. Glücklicherweise ist die Kapitalistenklasse wenigstens in bezug auf die Verteilung des Mehrwerts zerrissen, und im Kampf zwischen mobilem und immobilem Kapital, Handelskapital und Industriekapital usw. müssen wir den Vorteil der Arbeiterklasse wahrnehmen. Freilich bleibt das immer nur eine Wahl zwischen mehr schlecht und minder schlecht. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir einfach beiseite stehen und uns mit bloßen Protestaktionen begnügen. Die ersten praktischen Entscheidungen in dieser Frage fielen bei der Budgetbewilligung in Süddeutschland. Damals hat die Partei wohlerwogen entschieden, daß wir in der Regel das Budget abzulehnen haben, daß wir uns aber nicht ausschalten lassen, nicht mit gebundenen Händen ausliefern (Sehr gut!), nicht einfach prügeln lassen, wo wir uns wehren können. (Lebh. Beifall.) In der Wahl zwischen einem schlechten und einem besseren Budget dürfen wir das bessere annehmen. Genau so heißt es jetzt in meiner Resolution, daß wir in der Regel direkte Reichssteuern abzulehnen haben, es sei denn, daß dadurch die Annahme des bekämpften Gesetzes nicht behindert wird und die Ablehnung nur noch schlechtere Steuern zur Folge hätte. Die Väter der Resolution 114 wollen auch direkte Steuern grundsätzlich mit Rücksicht auf den Verwendungszweck bekämpfen. Nun wissen wir, daß jede Militärvorlage in Deutschland gegenwärtig angenommen ist, noch ehe sie eingebracht ist. (Sehr wahr!) Sie ist also Gesetz. Jetzt fragt sich, wer bezahlt? Sollen wir uns nun hinstellen und schimpfen: Es ist meinem Vater ganz recht, wenn ich mir die Hände erfriere, warum kauft er mir keine Handschuhe. (Große Heiterkeit und Beifall.) Wir müssen auch jetzt die Arbeiter vor Schaden bewahren, soweit uns das möglich ist. Wenn im „Wahren Jacob" steht, der Wehrbeitrag werde von den Arbeitern doch wieder herausgepreßt, ist das ein schlechter Witz. Wenn es aber hier in der Resolution 114 steht, ist es eine neue geniale Theorie; uns erscheint es freilich nur als eine Riesendummheit. (Sehr gut!) In demselben Artikel der „Leipziger Volksztg." schreibt Genossin Luxemburg: neue indirekte Steuern seien unmöglich gewesen, aber die angenommenen Steuern würden nur neuen indirekten Steuern Vorschub leisten. (Zuruf: Höherer Blödsinn.) Ich war dafür, daß wir den Wehrbeitrag ablehnen, weil er auch ohne uns angenommen wäre. Wer aber der Meinung war, daß wir dadurch seine Ablehnung oder durch Ablehnung der Besitzsteuern schlechtere volksbelastende Steuern heraufbeschwören würden, der mußte für die Annahme eintreten, und da das die Mehrheit tat, hatte die Minderheit sich zu fügen. (Sehr gut!) Jedenfalls kam nicht unsere prinzipielle Stellung zum Militarismus, sondern nur unsere taktische Erwägung gegenüber den Steuern in Frage. (Sehr wahr!) Gegenüber den militaristischen Räubern waren wir in Notwehr und haben diese Räuber selber niedergeschlagen. Haben wir denn nicht für den 3,50-Mk.-Zoll in den Caprivischen Handelsverträgen gestimmt? (Sehr gut!) Ist nicht schon auf dem Leipziger Parteitag erklärt worden, daß wir für direkte Steuern stimmen müssen, wenn wir dadurch indirekte abwenden können, und zwar durch Fritz Geyer? (Heiterkeit.) Hat nicht Geyer im Reichstage erklärt: Wir werden alles tun, um das kleinere Uebel an die Stelle des größeren zu setzen? (Hört, hört! und große Heiterkeit.) Selbstverständlich haben wir unsere Taktik nach dem Verhalten der Gegner zu richten. Ist die Annahme direkter Steuern auch ohne uns sicher, können wir dagegen stimmen. Aber wir dürfen nicht dabei stehen wie die dummen Jungen und zusehen, wie die bürgerlichen Parteien die Lasten verteilen. (Sehr gut!) Wir haben am 14. Februar 1913 alle 110 im Reichstag den Antrag eingebracht, die Streichholzsteuer, Kaffeesteuer usw. durch direkte Reichssteuern zu ersetzen. (Ledebour ruft: Selbstverständlich!) Ja, aber wie steht es denn da mit dem Verwendungszweck? (Sehr gut!) Neun Zehntel alles Reichsgeldes werden ja doch für militaristische Zwecke verwendet. Aber daran dürfen wir uns eben nicht stoßen. Der Verwendungszweck ist eine abgeschlossene Sache, und die Steuerfrage ist eine andere abgeschlossene Sache. Das verkennt die Resolution 114 vollständig. Sie, wie andere Zusatzanträge, würden es uns direkt unmöglich machen, für den Ersatz bestehender indirekter Steuern für direkte einzutreten. Es ist nicht erfreulich, wenn in so ernsten Fragen so leichtfertig Anträge fabriziert werden, die Resolutionsfabrik sollte sorgfältiger arbeiten. (Große Heiterkeit und Beifall.) Wir wollen, daß die Sozialdemokratie wie bisher alles aufbietet, um die Arbeiterklasse vor Verelendung zu bewahren und ihre Kampffähigkeit zu erhöhen, und bitten Sie in diesem Sinne um Annahme meiner Resolution. (Stürm. langanhaltender Beifall.)

Unter den Unterzeichnern der Resolution 114 ist Hiermann-Nürnberg zu streichen. H. Schulz ist nicht Heinrich Schulz, sondern Hermann Schulz-Elbing.

Die weitere Behandlung der Steuerfrage wird auf Freitag vertagt.

Müller-Berlin (Parteivorstand) schließt sich dem Antrag an, den Fall Radek mit den dazu gehörigen Anträgen der Beschwerdekommission zu überweisen. Diese soll aber nur die formale Rechtsfrage prüfen.

Der Parteitag ist damit einverstanden.

Schluß 6 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inserate finden durch den „Lübecker Volksboten" in den Kreisen des werktätigen Volkes weite Verbreitung und größte Beachtung. Wer auf Erfolg rechnet, inseriere im „Lübecker Volksboten"

Gustav Jäde, Lübeck Holstenstraße 1 Fernsprech. 761

Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität: Berufskleidung, Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen, Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daunen, Teppiche Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Buxkin, Schlaf- u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche, Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetts, Strümpfe, Handschuhe, Schlipse etc. **Aussteuer-Artikel.**

Praktischer Wegweiser

Erscheint einmal wöchentlich — empfehlenswerter • Geschäfte • — Zur Beachtung empfohlen

Kenner bevorzugen das gute Lübecker Bürgerbräu
Aktienbierbrauerei Lübeck

Lübeck

Fihrbergs Hannoversche Wurst- u. Aufschnittwar. täglich frisch. Königstr. 93. Fernspr. 2698.

Rudolph Gaspary Holstenst. 21. T. 2074 Atelier für moderne Blumendekorationen. Spez.: Trauerkränze und Brautschmuck. Größte Auswahl in Topfpflanzen.

Stroh- und Filzhutfabrik Bertrand Hinter St. Petri 9. Waschen, Färben und Umpressen nach den neuesten Formen.

Fr. Bibow, Engelsgrube 57 Salzheringe aller Art. Fischkonserven en-gros. Tel. 908.

H. Christiansen Wahmstraße 30 : Fernruf 2413 : Flurgarderoben, Spiegel, Luxus- u. Gebrauchsmöbel. Eig. Möbeltischl.

Herm. Dose, Hundestr. 62 Roßschlächterei. Spezialität: Feine Wurstwaren.

Hamburger Kaffee-Lager Holstenstraße 10

Essigfabrik **G. Lehmann** Alfstr. 17 — — — Telephon 902.

Löwelin die beste Schuhcrème der Zukunft. Löwelin-Werke Otto Löwe, Kom.-Ges.

Meumann & Erdmann Holstenstr. 2, I. Kontor-Bedarfsartikel. Continental-Schreibmasch. Rp.-Werkstatt.

Franz Schefferling jr., Beckergrube 50. Tel. 3202. Seilermeister Tel. 3202. Spezialität: Angelgeräte.

Ludwig Schlüter Beckergrube 24 :: Telephon 72. Luxusfuhrwerk, Automobilvermietung. Tag u. Nacht geöffnet.

Heinrich Tefenfitz Königstr. 22 -:- Ecke Pfaffenstr. Wäsche- u. Aussteuerart. aller Art.

H. Hahn Gr. Burgstr. 35 Photogr. Atelier.

W. Krahn Königstr. 48 Butter, Milch.

Fisch- und Fettwarenhandlung H. Roßbach, Fackenburg. Allee 19 b

R. Kößling Königstraße 121 Angelgeräte und Netze.

Carl Schnoor Wickedestr. 14 Fischhandlung.

Arbeiter-Artik. Manufakturw.

Otto Albers Markt 4 Kohlmarkt 10. Viel benutzte Bezugsquelle für Manufakturwaren und Garderoben aller Art

Johann Dittmer Drögestr. 12a Ecke Warend St. Manufakturwaren — Konfektion. Bettfedern-Reinigungsanstalt.

Arbeiter- und Berufskleidg.

J. H. Pein am Markt. Herren- und Knaben-Garderobe, Berufskeidung. Hüte und Mützen.

Bäckereien

E. Dose, Engelsgrube 54.

Nicolaus Groth Fein- u. Grobbäckerei Alfstr. 32.

Richard Bastian, Kl. Altefähre 1

F. Johannsen Konditorei [illegible] 31

H. Bergsdorf, Dankwartsgrube 41 [illegible]

Betten-Geschäft

Pauline Karstadt **Carl Karstadt's Ww.** Holstenstraße 18. Erstes Spezialhaus am Platze.

Brot-Fabrik

Lübecker Central-Brotfabrik Rich. Spangenberg & Co., G. m. b. H. Lindenstr. 20-22 — Fernruf 253. Auf je 10 Pfg. 2 Rabattmarken

Blumen u. Kränze

Robert Mißling Breitestr. 55, Ecke Johannisstr. Blumenbinderei u. Pflanzenhandl.

Herm. Schunk Fackenburg. Allee 19 Handelsgärtnerei.

Wiese, Pfaffenstr., Kränze

Brauereien

Trinkt **Adler-Biere**

Trinkt **Lübecker Vereins-Bräu**

Trinkt **Kieler Schloßbräu** Vertret. für Lübeck u. Umgegend. Fr. Kropf, Glockengießerstraße 87.

Ratzeburger Aktien-Brauerei

Trinkt Elbschloßbier

Butter und Margarine

C. Schepler Pfaffenstraße 2, erstes Spezialhaus für Butter, Eier — Margarine

Verlang. Sie ausdrücklich Siegerin, Mohra, Palmato — die Elite-Margarine-Marken

Mart. Wegener Beckergrube 31, Fleischhauerstr. 7. Billigstes Einkaufshaus für Butter — Margarine — Schmalz. Gebe Rabattmarken.

Drogen u. Farben

Drogen u. Farben Ferd. Kayser

Eisenwaren u. Werkzeuge

Rob. Koosmann Beckergrube 34, Tel. 1210. Werkzeuge für sämtliche Gewerbe. Spezialität: Töpfer- und Fliesenansetzer-Werkzeuge.

Franz Genzmer Fackenburger Allee 10 b. Fernsprecher 1031.

Emil Seidel & Co. Burgstraße 40, Baubeschläge, Öfen, Herde, Werkzeuge.

Färberei, Chem. Reinigung

Alw. Karstadt : Annahmestellen : in allen Stadtteilen. Telephon 313 • Telephon 313

Färber **Lehfeldt** Johannisstraße 70, reinigt und bügelt Herren-Garderoben.

Unger & v. Deesen Sandstr. 20, I. Etage Westfällisches Leinenhaus Sandstr. 20, I. Etage die billigsten am Platze.

Spezial-Butter- und Margarine-Haus.
Fr. Warnecke Breitestrasse 1–5.

Cigarrenhdlg.

Cigarren, Cigarett., Tabake, Weine vis-à-vis dem Stadttheater, Beckergrube 7. H. Hoffmann.

Hermann Kersten Hüxstraße 8. Hamb. Regatta à 5 Pfg., 10 St. 48 Pfg.

Hermann Wieghorst Am Markt • • • • Neben der Post Ecke weit. Krambuden.

W. Bahrdt, Hüxstraße 104.

Ludw. Beth, Untertrave 6.

M. Förster, Hüxstr. 38.

Carl Froh, Untertrave 14.

Carl Hasse Dankwartsgrube 44.

E. Palow Ecke Engelswisch-, Alsheide.

Adolf Röhrich Holstenstr. 2 Ecke Schüsselbud.

Otto Schlamm, Königstr. 48 b.

J. Wetterich Untertrave 87 Ecke Beckergrube.

Chem. Reinigung- u. Bügelanstalt

J. Braumer, Schneidermeister Johannisstraße 56. Änderung u. Reparaturen billigst

Fahrräder. Nähmaschinen

G. Jönsson, Fackenburger Allee 32 Fahrräder — Nähmaschinen. Reparaturwerkstatt.

Fuhrwesen und Möbeltransport

H. F. Meiners Dankwartsgrube 57/59. Möbeltransport und Lagerung. Equipagen für jede Gelegenheit. **Automobile, Taxameter** Tag und Nacht Betrieb. Telephon Nr. 800.

Fleisch- und Wurstwaren

Ch. Hamann Schlachterei. Markt 7 Kohlmarkt 4. Telephon 8923

Herm. Miljes Schüsselbuden Nr. 30

Herm. Spangenberg Schlachterei und Wurstfabrik — Schwartauer-Allee 59 —

Heinrich Kronsbein Travelmannstraße 26/28 -:- Hansastraße 95 -:-

J. Raabe, Resenstraße 31.

Gesundheitsbrot

Verlangt **Simonsbrot** Vollkornbrot a. reinem Roggen. Magenleidenden und Zuckerkranken - Ärztlich empfohlen! - Erhältlich in 50 Niederlagen.

Garten-Sämereien

Friedrich Michael Breitestraße 49

Gummiwaren

Wilh. A. C. Wessel Breitestraße 58 a. Damenwäsche — — Wachstuche. Artikel für Krankenpflege.

Hauseinrichtung.

Heinr. Pagels Breitestraße 91/93, Hüxstraße 6/14. Größte Auswahl in Hausstandssachen, Öfen, Herde, Gaskocher, Gruden, Wandplatten, Spielwaren.

Herrenartikel

Heinrich Waller Breite Str. 60. Spez.-Geschäft in Handschuhen u. Krawatten, Herren-Wäsche.

Ernst Wehde Beckergrube 33. Hüte, Mützen.

Honig

Bienenfleiss Deutscher Naturhonig u. Raffinade. Erhältlich in allen Nahrungsmittelgeschäften. Karl Häuer & Co. Lübeck.

Hüte und Mützen

Hut-Fabrik [illegible]

Jos. Tralow, Wahmstr. 11 Inh. Ferd. Kauffeld. Vermietg. v. Cylinder- u. Klapphüt.

Ed. Hirsekorn : Sandstraße 20 :

Kolonialwaren u. Kaffeeröst.

Fritz Kruse Inhaber: Paul W. Pöttger. Schüsselbuden 52, Fernspr. 569. Kolonialwaren - Versandhaus. Spezialität: Kaffee in sämtlichen Preislagen.

Carl Fr. Timm Nachf. Glockengießerstr. 16. Teleph. 2414. Größtes Geschäft der Lebensmittelbranche. Butter, Konserven, Mühlenfabrikat. Gr. Konsum. Kl. Preise.

Heinr. Beckmann, Engelsgrube 51.

Carl Hering, Aegidienstr. 37.

Korbwaren

Karl Schulmerich, Mühlenst. 28 Tel. 2052 Korbwaren Tel. 2052. Spz. Kinderwagen u. Korbmöbel

Kohlen

Heinr. Uter Beckergrube 67. Fernspr. 138.

Lederhandlung

Johs. Goldt Dankwartsgrube 60. Lederhdl. u. Schuhmach.-Bed.-Art.

Heinr. Schlüter — Sohllederausschnitt — Glandorpstraße 7.

Lichtspiele

Neues Lichtspiel-Theater Breitestr. 13 neben Hansa-Café. Größtes, am besten ventiliertes u. der Neuzeit entsprechendes Lichtspiel-Etablissement.

Maßgeschäft für Herrenmoden

I. H. Robbran Königstrasse 74. Modern. Herrengarderob. n. Maß

Meierei

Mineralwasser u. Spirituosen

J. C. Wessel Gr. Gröpelgrube 21—23 Tel. 750.

Verlangen Sie **Buntekuh-Kümmel**

Johs. Fischer Heinrich Holldorff's Nachfolger, Gr. Burgstraße 17.

F. HÖPPNER Alfstraße 11. Teleph. 2135

Mineralwasser-Fabriken

Spezialfabrik nur alkoholfr. Getränke, Sauerbrunnen, Limonaden. **Dr. G. Nickell** Wakenitzstr. 6, Fernsprecher 1070.

Möbelmagazin

Hintze & Stech : Telephon [illegible] : Detail-Verkauf in der Fabrik -:- gegen Barzahlung -:-

Herm. Rist Hunde-Str. 13. billigste Bezugsquelle. Eig. Tischler- u. Tapezierwkst.

Musikinstrum.

Louis Rowedder 49 nur Hüxstrasse 49

Piano-Haussmann Johannisstr. 14. Billigste Preise.

Obst und Gemüse

Heinrich Warncke Königstraße 64. Kartoffeln — Obst — Gemüse

Photographien

Samson & Co. Breitestraße 39. Erstes Atelier mit - billigen Preisen - Amateur Bedarfsartikel.

Restaurants

Restaur. Zum Goldenen Fass und Central-Herberge C. Schroeder, Lederstraße 3.

Robert Mühr Restaurant Moislinger Allee 57 a

H. Nupnau, Fackenburger Allee 76

Tapeten, Teppich.

Schwaner & Heefchen Königstraße 69. Möbelstoffe : ; : ; : ; ; Gardinen

Thüringer Wurstfabrik

Ihre Fabrikate empfiehlt angelegentlichst die **Thüringer Wurst- und Fleisch-Konserven-Fabrik August Scheere, Lübeck** Beim Retteich 14. Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

Theater

Besucht das **Varieté International** Untertrave 63

Treibriemen u. Sattlerwaren

H. Köppke & Eggers Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr, Reise-Utensilien, Schulmapp. Taschen, Portemonnaies etc. Hüxstraße 29.

Uhren- und Goldwaren

Ludwig Zander Goldschmied • • • Marlesgrube 3

C. Herbst Uhrenhandlung, Repar.-Werkst. Glockeng. St. 67.

A. Matern Beckergrube 26 Schweizer Uhren.

Gust. Richter Reparaturen gut Wakenitzmauer 64

Weine

Rot-, Weiss- und Südweine vorteilhaft bei **Kniep & Bartels.**

J. H. Stooss Engelsgrube 41/3. Weine — Liköre.

Wurst u. Aufschn.

Emil Aland Wilhelm Schmidt Nachf. Mengstraße 2. Wurst • • Aufschnitt nach Art versch. Provinzen

Waschanstalten

Schneewein Dankwartsgrube 13.

Lübecker Fein- u. Hauswäscherei L. Redlien, Schützenstraße 48 a.

Mölln

Brauerei zum Eulenspiegel Gebr. Waechter.

Wilh. Lübcke Restaurant Lübecker Hof. Klub- und Ballokal. Kegelbahn.

H. Bruns Tabak, Zigarren, Zigaretten, Bahnhofstr. 13

Schlutup

Gasthofz. Post H. Vetter Empfehlensw. Lokal.

Eutin

Adler-Drogerie Inh. N. Wohlert Plönerstr. 28. Drogen, Farben, Photo-Artikel, Artikel z. Kinder- u. Krankenpflege

Rob. Bendt Beste u. billig. Bezugsquelle in Schuhwaren.

Schwartau

L. Schaap Manufakturwaren und Konfektion, Aussteuerartikel, Nähmaschinen.

Adler-Drogerie Hans Grampp Farb., Kräftigungsm.

Rob. Pinkert Verkehrslokal der freien Gewerkschaft.

Schwart. Butterhaus C. Lorenz Lübeckerst. [illegible]

Aug. Hartkopf Lübeckerstr. 16 Kohlen, Koks, Brik.

Wilh. Reimers Schlächter., Wurstmacherei m. Kraftb.

Stockelsdorf-Fackenburg

C. Freese Fahrräder, Nähmaschin und Reparaturwerkst.

R. Sperling Binderei, Topfpflanzen etc.

N. Junk Schuhwaren und Reparatur-Werkstatt.

M. Voß Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Arbeitsgarderoben.

G. Wackenhut, Sargmagazin.

Trinken Sie **Hartwig's „Ideal" Kaffee** er schmeckt vorzüglich. Preislage 1.30 bis 2.— Mk., besonders kräftig Pfd. 1.50 Mk.